

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick-Konto Hannover Nr. 57013
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Abonnementpreis d. Voten vierteljährlich: — 1,10 M., d. die Post 1,40 M. Einzel-Nr. 50 Pf.
Anzeigen: Die 26 mm breite 11 mm-Zeile od. deren Raum 10 Pf. Platzvorarbeiten ausgeschlossen



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38-42

Telephon-Nummern: 4300-4303
Telegramm: Altverband Bochum

Dreißigtausend neue Mitglieder.

Es wird lebhaft auf dem sozialen Kampfplatze! Die Zeiten sind scheinbar vorbei, in denen altgeheite Unorganisierte sich verteidigten mit: „Der Schlichter mach's!“ Hamburg — Waldenburg — M.-Gladbach — Ruhr-Eisenindustrie — all das sind wohl schon leuchtende Finale der „alten Schlichterherrlichkeit“. Das Wort, daß Lohnfragen Machtfragen sind, erhält wieder seine alte Geltung. Und nicht nur: Lohnfragen sind Machtfragen, sondern das ganze Arbeitsverhältnis, das ganze soziale Lebensverhältnis des Arbeiters ist in seiner Gestaltung abhängig von der Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit. Was heißt das: Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit? Nichts anderes, als was in der Frage liegt: Sind die Arbeiter stark genug, ihre Forderungen durchzusetzen, oder werden sie von den Arbeitgebern gezwungen werden, zu den auferlegten Bedingungen so lange weiter zu arbeiten, als es ihnen eben gefällt?

Die Frage klingt etwas veraltet, besonders im Zeitalter der Zwangsschlichtung. Wo haben wir denn unter dem heutigen Schlichtungsweisen noch Gelegenheit, unsere Macht zu zeigen? Sind nicht alle Bewegungen größeren Umfangs durch Verbindlichkeitsklärung gefällter Schiedssprüche unmöglich gemacht worden? Vielleicht mit Ausnahme in der mitteldeutschen Braunkohle und jetzt in Niederschlesien? Aber wurden nicht auch diese beiden Bewegungen letzten Endes durch Zwangsschlichtung beendet? Kann man da überhaupt noch von Machtkämpfen zwischen Kapital und Arbeit reden? Leben wir nicht vielmehr in einem Zustande, in dem Lohn-, Arbeitszeit- wie überhaupt alle Tariffragen in die Zuständigkeit staatlicher Verwaltungspolitik eingeordnet sind? Ist es da nicht nebensächlich, wie stark die Gewerkschaften sind, da ihnen ja doch nur die Rolle des Vermittlers und Verhandlungspartners zufällt? So und ähnlich sind die Fragen, die im Zusammenhange mit diesem Problem aus dem Lager der Indifferenten herausklingen. Sind diese Fragen berechtigt? In gewissem Sinne ja. Und zwar insoweit, als die äußeren Umstände der sozialen Auseinandersetzungen und der Beilegung entstandener Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den letzten Jahren sich formell in der kritisierten Weise vollzogen. Diese Kritiker aber sahen nur die Wirkung der staatlichen Schlichtung, nicht aber die Ursache des jeweiligen Resultates. Und die nächsten Jahre werden die Bestätigung bringen dafür, daß trotz allem immer nur die Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit den Ausgang und das Resultat aller sozialen Kämpfe bestimmt.

Daß in den letzten Jahren Ausgang und Resultat dieser Kämpfe bei uns im Bergbau fast immer über den verhältnismäßig einfachen und leichten Weg der staatlichen Schlichtung, oft auch der Zwangsschlichtung (Verbindlichkeitsklärung), bestimmt wurde, ist nur eine den anormalen Verhältnissen der letzten Jahre angepaßte selbstverständliche Erscheinung, die folgende Ursache hat: Nachdem die Inflation hinter uns lag und wir alles auf Goldmark umstellten, lagen (1924) die Preise verhältnismäßig tief und die Löhne verhältnismäßig hoch tiefer als heute. So betrug

Die Lebenshaltungskosten (amtlicher Anzeiger) Reallohn der Gesamtbelegschaft (Ruhr)

1924	127,6	5,96
1925	139,8	6,91
1926	141,2	7,55
1927	147,6	7,68
1928	151,5	7,90 (1. Quartal)

Wenig ist die Entwicklung auf der ganzen Linie. Die ganze Lohnpolitik der letzten Jahre konnte sich also nur beschränken auf eine Anpassung der Löhne an die gestiegenen und sich stets vorwärtsbewegenden Preise. Dabei ist völlig belanglos, wer wohl zuerst geschoben hat, die Löhne oder die Preise. Wesentlich ist, daß die Entwicklung selbst sich auf eine Ausgleichung von Preis- und Lohnsteigerungen beschränkte im Vergleich zum Vertriebsverhältnis. Das war die klassische Zeit für unser Schlichtungsweisen, weil Ausgleichung und Schlichtung schon an sich einer Art sind. In dieser Zeit der stetig gleitenden und einander ausweichenden Preisen und Löhnen wäre es natürlich ein Kampf gegen Windmühlenflügel gewesen, wenn die Gewerkschaften (selbst völlig freie Handlungsmöglichkeit vorausgesetzt) durch große Kampfmaßnahmen, wie Streiks usw. um den „Erfolg“ gerungen hätten. Jeder lohnpolitische Erfolg war nämlich in dieser Zeit nur ein relativer, das

Werbepremien

als Ehrung und Belohnung für erfolgreiche Werbearbeit.

Zur Aneiferung der Werbearbeit in der Zeit vom 1. November 1928 bis 30. April 1929 werden vom Vorstand gewährt:

Für die Gewinnung von 9 Mitgliedern das Buch: Bernstein: **Sozialdemokratische Lehrjahre (Heroenzeit unter dem Sozialistengesetz).**

Für weitere 8 Aufnahmen: Kampffmeyer: **Vor dem Sozialistengesetz.**

Für weitere 7 Aufnahmen: Kampffmeyer: **Unter dem Sozialistengesetz.**

Für weitere 6 Aufnahmen: Traven: **Das Totenschiff.**

Für weitere 5 Aufnahmen: Preczang: **Zum Lande der Gerechten.**

Bei 35 Aufnahmen erhält also der erfolgreiche Werber alle fünf vorgenannten Bücher, von denen ein jedes für sich ein Prachtexemplar genannt werden kann. Eine Aufnahme gilt als getätigt, wenn mindestens das Eintrittsgeld und ein Wochenbeitrag einkassiert wurde, worüber der Ortsverwaltung Rechnung zu legen ist. Die Ortsverwaltungen haben die Aufnahmen über den Geschäftsstellenführer oder Bezirksleiter mit dem Antrage auf Gewährung der verdienten Prämien an den Vorstand einzureichen. Die Prämien werden dann vom Vorstand mit einer Widmung dem erfolgreichen Werber direkt überandt.

Wer mehr als 35 Aufnahmen tätigt, worüber dem Vorstand nach dem 1. April 1929 berichtet werden soll, erhält eine Sonderprämie, über deren Art jeweilig vom Vorstande entschieden wird.

Die Prämien stellen nur eine kleine Anerkennung dar und sollen nicht Selbstzweck sein. Die Triebkraft jeglicher Werbearbeit muß immer das Bewußtsein bleiben, einer großen Aufgabe zu dienen und ihr Opfer bringen zu müssen. Es gilt da vor allen Dingen, immer neue Streiter zu finden, um stark genug zu werden zu ihrer Erfüllung. Hilfe jeder mit, dann muß es gehen!

Der Vorstand.

heißt im Verhältnis zu den jeweiligen Preisen, die aber, wie erwähnt, einfach dem Lohnerfolg durch eine weitere Steigerung auswichen und ihn so bald wieder illusorisch machten.

Aus dieser Tatsache heraus war es möglich geworden, daß selbst Arbeiter die Auffassung gewinnen konnten, daß Lohnerhöhungen zwecklos seien, da sie immer wieder durch willkürliche Preissteigerungen wettgemacht würden. Sie hatten noch nicht begriffen, daß Preissteigerungen über einen gewissen Punkt nicht hinausgehen können. Das Preisniveau der deutschen Volkswirtschaft (die nur als Teil der Weltwirtschaft normale Entwicklung zeigen kann) wird in seiner Steigerung begrenzt durch die Weltmarktpreise, die sich vorläufig unabhängig von der deutschen Lohnentwicklung bestimmen. Eine Steigerung der Preise über die Weltmarktpreise hinaus ist nur möglich auf Kosten des Absatzes, würde also Produktionseinschränkung, Betriebsstilllegung, Arbeiterentlassung usw. nach sich ziehen. Man könnte hier einwerfen, daß man dann eben nur die Inlandspreise zu erhöhen brauchte, während man die Konkurrenzpreise weiter niedrig hielt. Das ist deshalb kein Ausweg, weil dann jede Preissteigerung im Inlande viel höher sein müßte als die ausgleichende Lohnerhöhung, da die Inlandswaren ja auch die Steigerung für die verschonte Ware nach dem Auslande mitübernehmen müßten. Man sieht, daß also auch durch solche Dumpingpolitik (= im Auslande niedrige und dafür im Inlande um so höhere Preise), die in gewissem Ausmaße immer getrieben wird, kein dauernder Ausgleich zwischen Preisen und steigenden Löhnen mehr möglich ist. **Jegendwo und -wann gibt es einen Punkt, wo der Kampf um höhere Löhne einfach wieder in einen Kampf um den Unternehmervorgewinn umschlagen muß.** Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir diesem Punkte sehr nahegerückt sind in der deutschen Wirtschaft. Der sicherste Vorbote ist hier die Entweder — oder-Politik der Arbeitgeber, die sich in ihrer Aussperrungstaktik ankündigt wie zum Beispiel bei den Textilarbeitern und in der Ruhr-Eisenindustrie. **Für den Bergbau dürfen die Aussichten in Zukunft nicht besser sein.** Die ganze Situation läßt hier offenbar werden, daß die Zechenbarone alles darauf einstellen, nach außen den Glauben zu erwecken, daß sie am Ende ihrer Kraft angelangt sind und das Höchste an sozialen Zugeständnissen geleistet haben.

In diesem Stadium aber hört die Mission des Schlichtungsweisen in der bisher beobachteten Aufgabenerfüllung auf. Zum Schlichten bleibt kein Raum mehr. Der Kampfplatz verchiebt sich immer mehr vom Preismarkte (für Ware und Arbeitskraft) in den Kassenraum des Unter-

nehmers. **Es geht allmählich um den Profit und damit um den Sinn privatkapitalistischen Wirtschaftens überhaupt.** Wer das Problem anders sieht, hat es immer noch nicht begriffen. Jedenfalls muß die Arbeiterschaft sich beizeiten darüber klar werden, wenn sie nicht der Unterlegene bleiben will. Hier werden Lohn- und Tariffragen eben wieder zu reinen Machtfragen. Macht gewinnen aber gibt es für die Arbeiter nur einen Weg: Stärkung ihrer Organisationen. An erster Stelle: Stärkung der Berufsorganisation, also für uns des Verbandes. Hier muß in diesen Wintermonaten mit Hochdruck gearbeitet werden. Es gilt, gut organisierte Werbearbeit zu leisten, um einen möglichst großen Erfolg zu erringen.

Es ist vor allen Dingen notwendig, daß unsere Mitglieder selbst alles genau verfolgen, was auf dem sozialen Kampfplatze vor sich geht. Alle Streiks, Aussperrungen usw. in anderen Berufen müssen zum Gesprächsstoff mit den unorganisierten Mitarbeitern gewählt werden, um denselben den ganzen Ernst der nächsten Zukunft daran zu demonstrieren. Zeitungen müssen mitgenommen werden, da die Unorganisierten ja meistens Blätter lesen, die sie nicht in der richtigen Weise informieren und aufklären. Insbesondere darf kein Mitglied seine Verbandszeitung wegwerfen. Vielmehr muß sie jedes Mitglied regelmäßig an einen Unorganisierten weitergeben. So muß vorgearbeitet werden. Dann muß jeder sich zur Verfügung organisierter Werbearbeit stellen, wie zu Hausagitation usw. **Jedes gewonnene Mitglied bedeutet eine bessere Chance für uns in den kommenden Bewegungen.** Zehntausende stehen noch abseits und begreifen scheinbar nicht, daß gerade sie die besten Schutztruppen der Unternehmer bilden.

Was in anderen Organisationen möglich war im letzten Jahre, muß auch uns gelingen. Allein der Metallarbeiterverband hat voriges Jahr 140 000 neue Mitglieder gewonnen, der Berggewerksbund 63 000. Die Gesamtzunahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betrug 482 754 Mitglieder. Wir als Bergarbeiterverband waren daran nur mit 10 465 beteiligt. An der Zahl der unorganisierten Bergarbeiter gemessen hätten das mindestens zehnmal soviel sein können. Den gleichen Prozentsatz der Metallarbeiter aber zu erreichen, mußten es rund 40 000 sein, die wir hätten gewinnen müssen. **Wir sind also 30 000 schuldig geblieben schon aus dem Vorjahre. Diese 30 000 gilt es nun, in diesem Winter zumindest nachzuholen.** Das ist zwar eine verhältnismäßig beträchtliche Zahl. Sie zu erreichen aber ist leicht, wenn alle Mitglieder sich im Rahmen des Möglichen an der Werbearbeit beteiligen. Deshalb: Vorwärts, an die Arbeit!

Fort mit der „Teno“!

Die Ankündigung des Reichsinnenministers Severing, daß in den Reichsetat für 1929 keine Reichsmittel für die Technische Nothilfe mehr eingestellt werden, sondern nur noch ihr Abbau in Frage komme, hat in ein Wespennest gestochen. Verunsichert hat sich gegen den Standpunkt Severings nichts einwenden. Daß sich die „Teno“ dagegen wehrt, ist begreiflich. Niemand läßt sich gern abbauen. Aber hierbei gestalten die Reichsfinanzen bei dem vom Finanzminister kürzlich festgestellten Fehlbetrag von mindestens 300 bis 400 Millionen Mark keine Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind. Die Ausgaben für die „Teno“ sind aber überflüssig, weil die ganze Einrichtung überflüssig, ja noch mehr als das: schädlich ist. Sie als Streikbrecherorganisation bestehen zu lassen, wäre Verrißlichkeit und ihren ursprünglichen Sinn hat sie längst verloren.

Die Unternehmer allerdings wollen die „Teno“ als Streikbrecherorganisation. Sie weisen in ihren Blättern oft darauf hin, daß die zunehmende Zentralisation der Gas- und Elektrizitätsversorgung die Gefahr mit sich bringe, daß in Streikfällen Gemeinnot entstehe. Deshalb müsse man die Technische Nothilfe haben. Wir lehnen dies Argument ab. Die Gewerkschaften sind berufen, bei Arbeitskämpfen die Notstandsarbeiten zu machen. Natürlich geht das nur in gegenseitiger Verständigung mit den Unternehmern, wozu die Gewerkschaften stets bereit sind.

Schon 1919/20 haben die meisten Gewerkschaften gegen die „Teno“ protestiert und ihre Aufgaben: Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe und Verrichtung von Notstandsarbeiten, für sich reklamiert. Im Februar 1920 hat der Bundesausschuß des ADGB zur „Teno“ Stellung genommen und festgestellt, daß ihr ursprünglicher Zweck gesichert sei, daß aber Natur und Organisation der „Teno“ eine ständige Bedrohung auch der berechtigten gewerkschaftlichen Streiks sei. Der Gewerkschaftskongreß in Leipzig 1922 wandte sich ebenfalls gegen die „Teno“ und erklärte ihre angebliche Aufgabe für die der Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongreß in Weßau 1925 forderte ebenfalls die Auflösung der „Teno“, ebenso der Kongreß in Hamburg 1928.

Tatsächlich sind schon seit Jahren die Gewerkschaften in der Lage, Notstandsarbeiten bei Streiks zu sichern. Sie beantragen als ihr Recht, im Streikfall über Art und Umfang der Notstandsarbeiten mit zu bestimmen, und wo die Unternehmer vernünftig waren, gelangte man auch im Streikfall zu einer Verständigung. Man darf den Gewerkschaften nicht zumuten, daß sie produktive Arbeit im Streikfall als Notstandsarbeiten durchgehen lassen.

Streiks und Ausperrungen gingen in den Jahren von 1920 bis 1927 erheblich zurück. Die Technische Nothilfe wurde eingestellt

	in Betrieben	mit Arbeitsstunden
1919-20	570	968 211
1920-21	458	526 239
1921-22	333	1 576 358
1922-23	271	1 528 355
1923-24	202	960 850
1925	82	113 787
1926	—	—

Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte also 1926 kein Einfluß der Technischen Nothilfe mehr. Die Gewerkschaften hatten durch ihre Stärke, durch die Erziehungsarbeit an ihren Mitgliedern die Technische Nothilfe überflüssig gemacht!

1926 wurde die „Teno“ nur noch in Fällen höherer Gewalt, bei Feuer- und Wassergefahr eingestellt mit 45 607 geleisteten Arbeitsstunden. Ohne die Zuwendungen von Ländern und Gemeinden zahlte das Reich dafür 2 850 000 Mark oder je Arbeitsstunde 62,50 Mark!

Im Dezember 1926 wurden im ganzen Reich fünf Nothelfer eingestellt zur Abkühlung eines Normienbrandes. Die 35 Arbeitsstunden kosteten dem Reich 50 000 M., oder je Stunde über 1400 Mark!

Eine solche Einrichtung aufrechtzuerhalten, liegt um so weniger Veranlassung vor, als jeder Streik aufs neue beweist, daß die Gewerkschaften in der Lage sind, wirkliche Notstandsarbeiten zu garantieren!

Bei dem letzten niederösterreichischen Streik zeigte sich das aufs neue. Wo die Verwaltungen sich mit den Gewerkschaften verständigten, ging es ganz gut. Dazu gehört natürlich, daß die Unternehmer auch im Streikfall sich angewöhnen, die Gewerkschaften als die berechtigten Arbeitervertreter anzusehen, mit ihnen

über die Zuweisung von Notstandsarbeiten zu verhandeln und die Notstandsarbeiten durch die Betriebsräte kontrollieren zu lassen. Die von Pleßsche Verwaltung konnte sich anfangs zu diesem Standpunkt nicht durchringen, bis die Not sie dann doch dazu zwang, mit den Bergarbeitern dieselbe Vereinbarung abzuschließen, wie sie sonst im Wevier üblich war. Sie lautete:

„Die Betriebsvertretung und Betriebsleitung werden sich sofort über den notwendigen Umfang der Notstandsarbeiten verständigen, ebenso über die Anzahl der erforderlichen Notstandsarbeiter. Das örtliche Streikmeldebureau benennt dann mit der Betriebsvertretung die Notstandsarbeiter und stellt jedem von dem örtlichen Meldebureau benannten Notstandsarbeiter einen Ausweis aus.“

Die unterzeichnete Verwaltung verpflichtet sich, den Mitgliedern des bisherigen Betriebsrats das Vortreten der Anlagen während der Ausführung der Notstandsarbeiten nicht zu verweigern. Innerhalb der Betriebe werden beide Parteien sich legaler Agitation enthalten.

Waldenburg, 6. Oktober 1928. (Unterschriften.)

Es liegt also kein Grund mehr vor, Reichsmittel für die „Teno“ zu verwenden, deshalb muß sie aufgelöst werden. Auch neuere Maßnahmen der „Teno“ dürfen daran nichts ändern. Auf den 14. Oktober lud die „Teno“ Abgeordnete, Behörden usw. zur Bestätigung einer Hochwasserübung am Niederrhein ein. Die Einladung erweckte den Anschein, als ob die „Teno“ die veranstaltende Körperschaft sei. Es lag aber ein Zusammenwirken des Regierungspräsidenten, des Landrats, des Reichshauptmanns mit den verschiedensten Organisationen vor. Die ganze Veranstaltung bewies, daß man auch für solche Gefahren der „Teno“ nicht bedarf. Zu der umfangreichen Arbeit waren die Reichswehr, die Polizei, die Feuerwehren und der Allgemeine Deutsche Automobilklub herangezogen worden. Die drei erstgenannten Gruppen sind die gegebenen Notthelfer für solche Naturkatastrophen. Insbesondere die Reichswehr kann man dabei in größtem Umfange einsetzen, denn sie hat Zeit genug dafür. Wenn die Veranstaltung am Niederrhein als Beweis dafür gedacht war, daß wir die „Teno“ nicht missen könnten, so ist er sicherlich daneben gelungen.

Verjuden, die „Teno“ aufzubauen, neue „Notthelfer“ herauszubilden, sollten sich deshalb alle Gewerkschafter entgegenstellen! So wird uns aus Borna bei Leipzig folgendes Zitat übermittelt:

„Borna, im Oktober 1928.“

Au die Notthelfer der Ortsgruppe Borna.

Zu nächster Zeit sollen Neuanbildungen als Lokomotivführer, Lokomotivbeizler, Rangierer und Weichensteller vorgenommen werden. Die theoretische Ausbildung findet an noch zu bestimmenden Wochentagen in den Abendstunden statt. Die praktische Ausbildung im Bereiche der Bahnhofsverwaltung Borna erstreckt sich auf etwa 10 Tage. Es können auch Sonntag und Feiertage zur Ausbildung benutzt werden. Die 10 Tage müssen nicht unbedingt hintereinander folgen. Die praktische Ausbildung kann jeden beliebigen Tag beginnen. Die einzelnen Braunkohlenwerke sind gebeten worden, die betreffenden Notthelfer während der Ausbildung nach Möglichkeit unter Weiterzahlung des Lohnes zu beurlauben. Während der Ausbildung erhalten die Notthelfer eine dem jetzigen Eisenbahntarif entsprechende Vergütung von der Eisenbahnverwaltung.

Den anhängenden Fragebogen wollen Sie bitte umgehend genau ausgefüllt an die Ortsgruppe zurücksenden.

Falls Sie an dem Kursus teilnehmen wollen, werden Sie gebeten, ganz bestimmt am Sonntag, dem 21. Oktober, vorm. 10½ Uhr, zu einer Besprechung in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe zu erscheinen. Alles Nähere wird in dieser Besprechung bekannt gegeben.

Mit deutschem Notthelfergruß!

Technische Nothilfe, Ortsgruppe Borna, Bez. Leipzig.

Hausmann.“

In einem anhängenden Abschnitt sollen sich die Einzelnen bereit erklären, an dem Kursus teilzunehmen. Der „Teno“ im dortigen Bezirk gehören auch manche Vergleute an. Bei der Tendenz in Unternehmertreuen, die „Teno“ als Streikbrecherorganisation zu behalten und bei der von uns für notwendig gehaltenen Auflösung derselben haben unsere Kameraden kein Interesse an solchen Aktionen der „Teno“!

Schuldhaftigkeit der arbeitslos werdenden Arbeiter verpflichtet? Wir haben gegenwärtig wieder 14 000 arbeitslose Vergleute im Ruhrgebiet!

Auch die kleinen Aktienhaber, die noch Adlerwerte besitzen, können sich auf eine kapitalistische Ohrfeige gefaßt machen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schreibt:

„Ob die noch im freien Markt befindlichen Aktien der Adler A.-G. (etwa 10 Prozent des Aktienkapitals) aufgekauft oder ob den Aktionären ein Umtausch in Aktien der WAG vorge schlagen werden soll, steht noch dahin. Auch bezüglich der noch im Markt befindlichen 87 Ringe der Gewerkschaft Johann Deimelsberg ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die neue Verwaltung zur Einziehung einer Zusage entschließt. Vielleicht erfolgt aber auch hier ein freihändiger Verkauf oder ein Umtausch gegen Aktien der WAG.“

Das ist die nackte Drohung an die Inhaber der 10-prozentigen Aktien und der 87 Ringe von Deimelsberg, gutwillig abzugeben, wenn sie nicht durch Einfordern von Zusage ihre gemacht werden wollen. So macht man kapitalistische Geschäfte!

Ein Erfolg in der Stilllegung von Unser Fritz.

Diese Gewerkschaft ging 1918 auf die Mannesmannwerke über. Die Nachricht von der beabsichtigten Stilllegung der Schächte mit rund 1600 Mann Belegschaft rief in Wanne-Eickel ungeheure Erregung hervor, da sie nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Geschäftswelt mit großen Gefahren bedroht.

Am 23. und 21. Oktober kam die Frage der Stilllegung im Dandels- und Gewerbeausschuß des preussischen Landtags zur Verhandlung. Die Sozialdemokraten stellten folgenden Antrag:

„Das Staatsministerium wird ersucht, in der Stilllegungsangelegenheit der Zeche Unser Fritz von der Bestimmung der §§ 65 und 156 des Allgemeinen Berggesetzes für die preussischen Staaten Gebrauch zu machen mit dem Ziele, die Zeche Unser Fritz mit der ihr beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat zustehenden Beteiligungsziffer an Kohlen und Koks zu enteignen.“

Der neue Oberbergshauptmann Flemming meinte zwar, die Sache lasse sich nicht so regeln, wie der Antrag wolle, aber am nächsten Tage zeigte sich schon der Erfolg des sozialdemokratischen Vorstoßes. Die Direktion der Mannesmannwerke, die sofort vom Ministerium geladen worden war, hatte die Erklärung abgegeben, daß sie die

Sperrefrist für Unser Fritz bis zum 30. November hinauschiebe.

Auf Anfrage wurde festgestellt, daß

die Belegschaft zu Ende Oktober nicht entlassen wird!

Neue Verhandlungen in der Stilllegungsfrage sind auf den 6. November angesetzt. Auf die Frage nach den Selbstkosten und Erlösen, Generalunkosten usw. konnte das Handelsministerium keine Auskunft geben! In den neuen Verhandlungen werden diese Fragen geklärt oder genaueste Untersuchung festgelegt werden müssen!

Ein Antrag der Kommunisten lautete, die Staatsregierung zu beauftragen, unter allen Umständen die Stilllegung von Unser Fritz zu verhindern. Da mit dieser allgemeinen Fassung nichts anzufangen war, änderten sie ihren Antrag, erklärten sich dann aber bereit, auch für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen. Da infolge der Erklärung von Mannesmann der Ausschuß sich vertagte, fand eine Abstimmung noch nicht statt. Nach den Erklärungen werden aber die Sozialdemokraten, die Kommunisten, das Zentrum und die Wirtschaftspartei für den Antrag stimmen, so daß als Gegner nur Volksparteiler und Deutschnationale übrig bleiben.

Während Volkspartei und Deutschnationale aus Wanne-Eickel Deputationen nach Berlin sandten, um die Stilllegung von Unser Fritz zu verhindern, redeten ihre Parteigenossen Krämer und v. Waldhausen für die Stilllegung!

Wie sicher die Mannesmannherren waren, daß sie mit ihrem Stilllegungsmantel glatt durchkommen würden, zeigt die Tatsache, daß das Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund (Bredeler), das seit Wochen gedruckt ist, bei Unser Fritz den Vermerk trägt: „**Surzeit stillgelegt!**“

Offiziell gelingt es, den Derven noch einen dicken Strich durch ihre Rechnung zu machen!

Das Ende der Tragödie Johann Deimelsberg.

Nach wochenlangem Katen, wer die Aktienmehrheit von Adler (Johann Deimelsberg, Zentrum) erworben habe, ist das Rätsel gelöst.

Der ständige Vergleichsverwalter, Kommissar für Stilllegungsarbeiten, Oberbergamtsdirektor Dr. Weise, teilt zu dem Betriebsabbruch der Zeche Zentrum IV/VI mit:

Am 22. Oktober fanden im Oberbergamt Dortmund unter der Beteiligung von Betriebsverwaltung und Betriebsvertretung, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie der Behörden und allgemeinen Länder-, Berg- und Kommunalverwaltung und des Landesarbeitsamts Verhandlungen über den Betriebsabbruch der Zeche Zentrum IV/VI bei Kray statt. Die Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis: Auf Ersuchen des Kommissars wurde als Erwerber der Aktienmajorität der Adler A.-G. für Bergbau die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. angegeben, was von dieser bestätigt wurde. Von den drei Zechen der Adler A.-G. bleibt die Zeche Adler in Kupferberg in Betrieb, dagegen verfallen die Zechen Johann Deimelsberg in Steele und Zentrum IV/VI bei Kray dem Abbruch. Mit dem Abbruch von Johann Deimelsberg ist bereits begonnen worden. Die Sperrefrist für den Abbruch von Zentrum IV/VI endet am 2. Oktober. Eine Verlängerung wird nicht beantragt werden, da die Zeche nachweislich unter den abwärtenden Verhältnissen nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Die gegenwärtige Belegschaft von Zentrum IV/VI bezieht sich auf 57 Angehörige und 1347 Arbeiter. Nach dem Verhandlungsergebnis werden davon 750 Arbeiter auf den Nachbargleichen Alma, Bonifacius, Karolinenfließ, Engelsburg und Holland neue Arbeit finden. Wegen Unterbringung weiterer Belegschaftsmittel werden mit zwei anderen Zechen noch ausgiebige Verhandlungen. Schließlich wurden mehrere Vereinbarungen zur Milderung mit dem Betriebsabbruch verbundener Schäden zugunsten der Belegschaft getroffen.“

Das Ziel ist also erreicht, das mit Benachteiligungen von Johann Deimelsberg durch das Kohlenyndikat, durch Verteilung der Kreditaktien gestiftet wurde. Die Beteiligung geht auf die Gelsenkirchener über. Es handelt sich um eine Beteiligung von 1 438 100 T. Kohle und 657 600 T. Steinkohlenbriffetts. Damit erhält Gelsenkirchen 3,18 Millionen T. Kohlen-

und fast 1,2 Millionen T. Koksbeilegung, wenn die Briffettbeteiligung entsprechend umgewandelt wird.

Die Förderung der stillgelegten Schächte soll auf Monopol in Kamen verlegt werden, so daß auch dort eine Belegschaftsvermehrung eintritt.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. hat sich das Geschäft etwas kosten lassen. Sie hat 76 Prozent des Nominalwertes für die Aktien gezahlt, auf die Lonne der Lunte berechnet, etwa 5-6 M., während nur für zum in anderen Fällen (Trappe, Sermann) nur ca. 1 M. „angelegt“ wurden. Auf Bedenken, daß dieser Luntenschacher endlich einmal gesetzgeberische Maßnahmen auslösen könnte, deutet die „Deutsche Bergwerks-Ztg.“ hin, indem sie bezüglich der Differenz im Preis je Quotentonne bemerkt:

„Diese Preisdifferenz erscheint noch größer, wenn man bedenkt, daß jene älteren Quotenkäufe sowohl unter besseren Selbstkosten und Rentabilitätsverhältnissen erfolgten als auch eine noch mehrjährige ungehörte Ausnutzung im Rahmen des bestehenden Syndikatsvertrages vor sich hatten, während man heute 1½ Jahre vor einer Syndikatserneuerung steht, welche die in der Öffentlichkeit sehr umstrittene Quotenrechtslage immerhin erschüttern könnte. Indes wird sich der Käufer über diese Bedenken hinweggesetzt haben, in dem Vertrauen, daß eine etwaige Beilegung der Quotenkäuflichkeit, die von sozialistischer Seite bekanntlich mit der Zeche stillgelegt wurde, in Verbindung gebracht wird, nur die zukünftigen, nicht aber die erworbenen Rechte berühren werden.“

Nach diesem neuen Beispiel sollte ein gesetzgeberischer Akt, der den Quotenkäufer unterbindet, durch Erlösen der bestehenden Beteiligung oder durch Übergang auf den Staat, nicht lange auf sich warten lassen. **Ueber die arbeitslos bleibenden Vergleute zuckt man die Achsel!** Wieviel auf den Monopolischarten angelegt werden können, darüber schwieg sich die Verwaltung auch bei den Stilllegungsverhandlungen aus. Ob die Werber der Steinkohlenbergwerke noch 100 bis 150 Mann anlegen können, wußte man noch nicht! **Wann endlich wird die Gesellschaft, die um zukünftiger Mehrerlöse halber Quoten kauft, zur**

Arbeitszeitbewegung im Nachener Bezirk.

Mit Schreiben vom 1. September kündigten die Arbeitgeber des Nachener Steinkohlenbezirks den Schiedsbruch über die Arbeitszeitregelung. Sie begründeten diesen Schritt mit der Konkurrenz von Holland, England, der Ruhr, ferner mit dem Verhalten der Reichseisenbahnverwaltung in bezug auf Frachttarife usw. Sie verlangten, daß die Arbeitszeit für unter Tage wiederum auf 8½ Stunden heraufgesetzt würde. Analog dieser Regelung sollte dann selbstverständlich auch die Arbeit über Tage wiederum verlängert werden.

Die Arbeitnehmerorganisationen kündigten ebenfalls ihrerseits mit Schreiben vom 12. September mit dem Ziel, von der jetzt bestehenden langen Arbeitszeit abzukommen und dafür eine kürzere zu erhalten.

Die ersten Verhandlungen fanden statt am Dienstag, dem 9. Oktober, mit den Arbeitgebern und scheiterten.

Die Arbeitgeber verlangten, die von ihnen geforderte längere Arbeitszeit auf mindestens neun Monate wieder einzuführen.

Wir unsererseits stellten die Forderung auf, die Arbeitszeit unter Tage auf 7½ Stunden herabzusetzen.

Für alle Arbeiter über Tage einschließlic der durchgehenden Betriebe, die jetzt noch eine längere Arbeitszeit haben, forderten wir, daß für diese ab 1. November eine 9½stündige Schichtzeit bei 8½stündiger Arbeitszeit eingeführt werde, ferner, daß für diejenigen Leute ab 1. April 1929 die Schichtzeit nur noch 9 Stunden betragen soll.

Die Arbeitgeber taten hierob sehr entrüstet und wie aus allen Wolken gefallen. Sie lehnten eine weitere Verhandlung über diese Forderung ab, da sie ihrer Auffassung nach ganz undisputabel sei. Der Schlichter Porten hat daraufhin einen Schiedspruch gefällt, der von beiden Parteien abgelehnt wurde. Durch den neuen Schiedspruch wird die jetzt bestehende Arbeitszeit beibehalten. Eritmalige Kündigungsfrist am 15. Mai zum 30. Juni. Es fanden dann Nachverhandlungen in Berlin statt, in denen unsere Vertreter ihre Forderungen erneut geltend machten und begründeten. Das Resultat werden wir in nächster Nummer ausführlich berichten.

Die Knappschafsstältestenwahlen.

Brühler Knappschaf.

Die Agitation der Gegner artete hier kurz vor der Wahl in der üblichsten Weise aus. Die „Brühler Zeitung“ vom 4. Oktober brachte z. B. einen ganz gehässigen Artikel über den Bau von Knappschafstältestenhäusern, durch welchen schon längst widerlegte Sachen wider besseres Wissen wieder aufgewärmt wurden. Im besonderen sollte durch diesen Bericht versucht werden, den Bergarbeitern klarzumachen, daß die Verbandsvertreter nur der Erbauung von Knappschafstältestenhäusern zugestimmt hätten, damit die Religion besser bekämpft werden könne. (!!) Daß dies ein Unfuss ist, wissen die Christlichen genau so wie wir, sie glauben natürlich auch selbst nicht daran und gebrauchten diese Verleumdung ja auch nur deswegen, weil sie der Ansicht waren, daß sie damit noch Dumme fangen könnten. Auch den Christlichen ist bekannt, daß die Knappschafstältestenhäuser nur gebaut worden sind, um durch die modernsten Einrichtungen und die tüchtigsten Ärzte den Bergarbeitern auf dem schnellsten Wege wieder zu ihrer Gesundheit zu verhelfen. Daß das zum größten Teil gelungen ist, haben auch die christlichen Gewerkschaften nicht bestritten können.

In einem Flugblatt des christlichen Gewerkschafts stand dann unter anderen Unwahrheiten der Satz: „Weil die christlichen Gewerkschaften keine Anterkruppenpolitik mitmachen.“ Ein sprechendes Beispiel hierfür soll wohl die Siegerländer Knappschaf mit ihrem christlichen Vertrauensmann abgeben. Nachdem dieser Mann kurze Zeit Vertrauensmann war, ließ er sich zum Direktor ernennen und wurde nunmehr statt in der ersten, in der ersten Besetzungsklasse besetzt. Dabei ist der Mann noch Reichstagsabgeordneter geworden und ist infolgedessen während der Reichstagsabstimmung nur einige Tage im Monat auf der Knappschaf tätig. Weiter ist in der Brühler Knappschaf durch den Vorstehenden ein früherer Polizeibeamter, welcher sich zu diesem Amt als ungeeignet erwiesen hat, als Krankenkontrollant angestellt worden, ohne daß die übrigen Vorstandmitglieder über diese Persönlichkeit Aufklärung erhalten hätten.

Sowohl in der Siegerländer wie in der Brühler Knappschaf hatte der christliche Gewerkschaftsverein bisher die Majorität. In welchen Zwecken sie benutzt wurde, beweisen die oben angeführten Fälle. Schlanke aber verdächtig man den Altverband, Anterkruppenpolitik zu treiben! Die Wähler gaben ja auch die richtige Antwort auf diese „christliche“ Kampfwiese. Es stimmten nämlich für den

christlichen Gewerkschaftsverein . . . 5179 (4133), Steigerung 25 %
 Altverband . . . 1496 (1943), Steigerung 131 %

Der christliche Gewerkschaftsverein verkündet darob noch munter einen Sieg! Nun wohl, wir wünschen uns noch mehr solcher Niederlagen und überlassen es neidlos dem christlichen Gewerkschaftsverein, sich auf diese Ludendorffsche Art zu Tode zu schlagen!

Bezirk Oberschlesien.

Die Gegner haben gegen uns mit den verwerflichsten Mitteln gearbeitet. Gemeine Verleumdungen und Drosselungen wurden in letzter Minute gegen unseren Verband und unsere Vertreter in der Knappschaf durch Flugblätter und Makate verbreitet. Dem Kameraden Plecha wird zum Beispiel zum Vorwurf gemacht, daß er neben seinem laufenden Gehalt als Gewerkschaftsangehörter noch monatlich 100 M. als Vorsitzender von der Knappschaf erhalten hat. Fest steht, daß Kamerad Plecha für seine Tätigkeit in der Knappschaf bisher auch nicht einen Pfennig Bezahlung erhalten hat. Seine Tätigkeit in der Knappschaf war nur eine ehrenamtliche. Für seine Delegationen zu auswärtigen Tagungen und auch Sitzungen hat er selbstverständlich seine Fahrt- und Speisegelder selbst getragen. Dasselbe gilt auch für alle Vorstandsmitglieder der Knappschaf. Das entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Ferner sollen die Vertrauensmänner in der Knappschaf monatlich 1200 M. Gehalt erhalten. Auch das ist eine plumbe Lüge. Die christliche Gewerkschaft behauptet, daß der Bergarbeiterverband, Zahlstelle Gleiwitz, den Arbeitgeberverband um Unterstützung für eine Vereinsjahre angebettelt habe! Tatsache ist, daß im Jahre 1925 von der Zahlstelle Gleiwitz Sammellisten für ihre Jahreshefte herausgegeben worden sind. Auf irgend eine Weise ist eine solche Sammelliste einem Angestellten des Arbeitgeberverbandes in die Finger gespielt worden. Wir vermuten sehr stark, daß dies ein christliches Mitglied fertiggebracht hat. Ein fein ausgeklügeltes Trick!

Jedenfalls hat kein Funktionär unseres Verbandes davon Kenntnis gehabt. Das haben wir im Laufe der Jahre schon oft richtiggestellt. Das ist den christlichen Demagogen auch längst bekannt, aber auf eine Lüge mehr oder weniger scheint es den Christen nicht anzukommen. Galt christliche Grundzüge! Unterstützung fanden diese Verleumdungen durch die Kirche, die eine Hausagitation gegen die sogenannte „sozialdemokratische Gewerkschaft“ veranstaltet hat, um so für die christlichen Listen zu werben. Unter diesen Umständen, trotz aller Lüge, die die Kirche als Verbündete zählen durfte, kam dann folgendes Resultat zustande:

	Stimmen		Mandate	
	1928	1924	1928	1924
Bergarbeiterverband	29 681	6 128	17	36
Christliche Gewerkschaft	9 221	1 498	16	1
Beln. Berufsvereinigung	3 527	1 360	6	7
Ditsch-Dünder	1 223	—	1	—

Sächsischen Knappschaf.

Die am 14. Oktober im Bereich der Sächsischen Knappschaf vorgenommene Stältestenwahl hat ein sehr erfreuliches Resultat gezeitigt. Die Zahl der zu wählenden Stältesten betrug 18. In den Sprengelwahlgruppen Zwidan und Lugau-Deisnitz mit 33 Sprengeln mußte eine Wahl stattfinden, weil der christliche Gewerkschaftsverein für einen kleinen Teil von Sprengeln Vorschläge eingereicht hatte. In den Sprengelwahlgruppen Borna und Dittlitz lag nur die von den freien Gewerkschaften eingereichte Vorschlagsliste vor, so daß für diese beiden Sprengelwahlgruppen eine Wahl nicht stattfinden brauchte. Bei den Sprengelwahlgruppen Zwidan und Lugau sind die Christlichen vollständig leer ausgegangen, so daß im Bereich der Sächsischen Knappschaf alle Stältestenmandate den freien Gewerkschaften zugefallen sind. Von den Stältesten selbst gehören 17 dem Bergarbeiterverband und ein Stältester dem Fabrikarbeiterverband an. Folgende Wahlergebnisse liegen vor:

	Bezirk Zwidan	Bez. Lugau
Abgegebene Stimmen	7224	5067
davon Bergarbeiterverband	6632	4491
christlicher Gewerkschaftsverein	111	183
Ungültig	178	90

Da für den christlichen Gewerkschaftsverein die Stimmen in denjenigen Sprengeln, wo kein Vorschlag derselben vorliegt, nicht gezählt werden, geht er leer aus, weil die verbleibenden gültigen Stimmen die Wahlziffer nicht erreichen. Man kann also sagen: Ein großer Aufwand nutzlos ist veran! Unseren Funktionären besten Dank für die geleistete Arbeit!

Hessisch-Thüringische Knappschaf.

Die Knappschafstältestenwahlen im Bereiche der Hessisch-Thüringischen Knappschaf fanden am 18. Oktober statt. Gewählt wurde in 38 Sprengeln, die in 12 Sprengelwahlgruppen zusammengefaßt waren. In 19 Sprengeln, die in sechs Sprengelwahlgruppen zusammengefaßt waren, wurde nicht gewählt, weil hier nur die Vorschlagsliste des Bergarbeiterverbandes vorlag, die somit ohne Wahlhandlung als gewählt gelten. Die restlichen 19 Sprengel waren ebenfalls in 6 Sprengelwahlgruppen zusammengefaßt. Hier erhielten Stimmen und Sprengel: Bergarbeiterverband in sechs Sprengelwahlgruppen 250 Stimmen und 15 Sprengel, Fabrikarbeiterverband in vier Sprengelwahlgruppen 111 Stimmen und 1 Sprengel, der christliche Gewerkschaftsverein in vier Sprengelwahlgruppen 128 Stimmen, aber keinen Sprengel.

Hannoversche Knappschaf.

Das vorläufige Resultat ist folgendes: freie Gewerkschaften 130 Siege, christliche Gewerkschaften 13 Siege. Das endgültige Ergebnis liegt noch nicht vor.

Halberstädter Knappschaf.

Die Liste „Einigkeit“ (freie Gewerkschaften) erhielt von 82 Sprengeln 16 Siege ohne Wahl. In der in 36 Sprengeln stattgefundenen Wahl erhielten nach den bisher eingelaufenen Ergebnissen die Liste „Einigkeit“ 3847 Stimmen, die Christlichen 352 und die Ditsch-Dünderischen 111. Danach erhalten: „Einigkeit“ 33, Christliche 3 Siege, D. D. keinen Sieg. Danach entfallen auf die Liste „Einigkeit“ insgesamt 79 Siege.

Hauptversammlung der Reichsknappschaf.

Am 23. Oktober d. J. haben im Hause der deutschen Ingenieure in Berlin, Friedrich-Georg-Strasse, die Hauptversammlungen der Reichsknappschaf stattgefunden. Gegenstand der Tagesordnung war nur die Entgegennahme der Jahresrechnung für 1927 und des Prüfungsberichts.

Aus der Jahresrechnung, die wir für die Arbeiterabteilung im Auszug in einer besonderen Abhandlung folgen lassen, ging hervor, daß die Arbeiterabteilung 1927 noch in allen drei Versicherungszweigen gewisse Verbesserungen gemacht hat. Dagegen sind in der Angestelltenabteilung der Pensionsversicherung 1927 Fehltritte zu verzeichnen. Da jedoch im Laufe dieses Jahres auch die Finanzlage der Arbeiterabteilung durch den Massenabbau von Bergarbeitern im Ruhrgebiet und weiteren Zugang von Leistungsempfängern sich verschlechtert hat, nahm die vereinigte Hauptversammlung einstimmig mit allen Stimmen der Arbeiter-, Angestellten- und Berufsvertreter folgende Entscheidung an:

„Nach Entgegennahme des Geschäftsberichts ist von der Hauptversammlung mit großer Beforgnis davon Kenntnis genommen worden, daß die Ausgaben, besonders in den Pensionskassen, wiederum sehr erheblich gestiegen sind. Dieses ist darauf zurückzuführen, daß sich das Verhältnis der Beitragszahler zu der Zahl der Leistungsempfänger sehr erheblich zuungunsten der Kassen verschoben hat. Dabei haben die Beiträge eine Höhe erreicht, daß sie unmöglich noch weiter gesteigert werden können. Die heutigen Beiträge werden von allen Beteiligten als eine drückende Last empfunden.“

Da die gestiegene Belastung zum erheblichen Teil durch den Krieg und die Kriegsfolgen verursacht worden ist, ersucht die Hauptversammlung der Reichsknappschaf die Reichsregierung, so schnell wie möglich einen finanziellen Ausgleich für diese anormale Belastung zu schaffen.“

Die näheren Ursachen der Belastung der Reichsknappschaf und die Vermeidung der Forderung auf Entlastung durch das Reich sind in der Abhandlung des Kameraden Viktor über dieses Thema in Nr. 41 der „Bergarbeiter-Zeitung“ eingehend erörtert worden, so daß wir uns enthalten, nochmals darauf einzugehen.

Reichsknappschaf-Arbeiterabteilung 1927.

Die Krankenkasse

hatte 1927 im Jahresdurchschnitt einen Mitgliederbestand von 750 528. Es betragen ihre gesamten

Einnahmen	122 487 849,36 M.
Ausgaben	119 724 537,42 M.
Mehreinnahmen	2 763 311,94 M.

Das Gesamtvermögen der Krankenkasse betrug am 31. Dezember 1927: 60 726 812,10 M. Von den Gesamtausgaben entfielen entsprechend den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung auf direkte Versicherungsleistungen:

Krankenhilfe für Mitglieder (§§ 182 ff. RVO.)	
Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte ohne Sachleistungen	6 517 114,08 M.
Sachleistungen der approbierten Ärzte	170 170,91 M.
Wegegebühren der approbierten Ärzte	586 116,50 M.
Bare Leistung statt ärztlicher Versorgung (§ 370 RVO.)	1 010,59 M.
Zahnbehandlung	1 314 283,05 M.
Krankenbehandlung durch sonstige Heilpersonen ausschließlich Hauspflege	78 052,19 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	4 855 217,69 M.
Bare Leistung statt Arznei und Heilmittel	1 216,19 M.
Krankenhilfspflege	15 520 119,52 M.
Krankengeld (§ 22 RVO.)	33 752 666,33 M.
Hausgeld (§§ 186, 196 RVO., § 22 Abs. 1 RVO.)	3 702 717,27 M.
Taschengeld	126 587,02 M.
Hauspflege	1 529,45 M.
Fürsorge für Genesende	187 314,37 M.

Krankenpflege für Familienangehörige § 205 b Abs. 1 RVO., § 23 RVO.)	
Krankenbehandlung durch approbierte Ärzte (ohne Sachleistungen, einschl. Barleistungen)	6 743 572,09 M.
Sachleistungen der approbierten Ärzte	100 230,81 M.
Wegegebühren der approbierten Ärzte	616 923,29 M.
Zahnbehandlung	1 107 106,68 M.
Arznei und sonstige Heilmittel (einschl. Barleist.)	1 282 215,07 M.
Krankenhilfspflege	9 065 211,20 M.
Sonstige	64 418,26 M.
Wochenhilfe (§ 195 a ff. und § 205 a RVO.)	3 485 256,51 M.
Fürsorge im allgemeinen	240 758,50 M.
Sterbegeld (§§ 201 ff. 205 b RVO.)	591 049,82 M.
Insgesamt	110 445 208,39 M.

Mansfelder Knappschaf.

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 6615, davon haben erhalten: Liste der freien Gewerkschaften 5592, Liste des christlichen Gewerkschaftsvereins 1053. Siege haben erhalten: Verband der Bergarbeiter 16, Deutscher Metallarbeiterverband 6, Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter 8.

Halleische Knappschaf.

Bei der stattgefundenen Knappschafstältestenwahl wurde als vorläufiges Wahlergebnis folgendes festgestellt. Es erhielten: die freien Gewerkschaften 108 Mandate, die christlichen Gewerkschaften 3 Mandate, der Gewerkschaftsverein S.-D. kein Mandat. Auf die Liste unseres Verbandes entfielen 101 Mandate mit 13 000 Stimmen.

Brandenburger Knappschaf.

Es erhielten Mandate: Altverband 88, Metallarbeiterverband 5, Verband der Maschinisten und Seiger 1, Fabrikarbeiterverband 1, christliche Gewerkschaften 2, Gewerkschaft S.-D. 1. Das Resultat zeigt, daß in diesem Bezirk jede andere Organisation neben dem Bergarbeiterverband direkt bedeutungslos ist.

Süddeutsche Knappschaf.

Bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent haben die freien Gewerkschaften trotz der verzweifeltsten Anstrengungen der Christlichen, die mit den unlauteften und gehässigsten Mitteln arbeiteten, einen glänzenden Sieg davongetragen. Von 96 Vereichterten erhielten die freien Gewerkschaften 77 und die Christlichen 19. Damit verloren die Christlichen von ihren bisherigen 4 Siegen in der Bezirksversammlung einen Sieg an den Bergarbeiterverband und konnten nur mit knapper Not ihr einziges Mandat im Vorstand halten.

Pensionkasse.

Am 1. Januar 1927 waren 748 755, am 31. Dezember 1927 731 513 Mitglieder vorhanden. Die Pensionkasse hatte

Einnahmen	197 418 736,10 M.
Ausgaben	185 479 102,69 M.
Mehreinnahmen	11 939 633,41 M.

An Gesamtvermögen hatte die Pensionkasse am 31. Dez. 1927 120 212 149,53 M. aufzuweisen. Von den Ausgaben entfielen auf Versicherungsleistungen:

Pensionen für Invaliden	119 946 956,64 M.
Kindergeld	7 985 672,98 M.
Witwen	35 512 599,56 M.
Waisengeld	4 858 691,70 M.
Beistandungsbeihilfen für Invaliden	1 171 573,10 M.
Chefrenten von Invaliden	270 691,52 M.
Kinder	18 433,29 M.
Witwen	365 052,44 M.
Abfindungen: bei Wiederverheiratung	796 909,27 M.
Abfindungen an Ausländer und bei Aufenthalt im Ausland	6 404,54 M.
Freie ärztliche Behandlung und Arznei für Knappschafstältesteninvaliden	2 169 113,33 M.
Heilverfahren: für Durchführung von Heilverf. für Hausgeld	447 297,06 M.
Mehrleistungen gemäß § 111 der Satzung der R.V. und sonstige Mehrleistungen	2 122,21 M.
Kosten für ärztliche Untersuchung bei Pensionierungen	1 000 190,80 M.
Insgesamt	174 794 968,26 M.

An Leistungsempfängern waren in der Pensionkasse vorhanden:

	Invaliden	Altersinvaliden	Witwen	Waisen
am 1. 1. 1927	119 743	26 206	91 439	73 902
am 31. 12. 1927	135 365	29 651	93 993	69 271
Zugang	15 622	3 445	2 554	4 628

Reichsinvalidenversicherung.

Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1927: 743 939, am 31. Dezember 1927: 733 511. Die Kassenabteilung hatte

Einnahmen	68 217 667,00 M.
Ausgaben	52 586 407,14 M.
Mehreinnahmen	15 631 259,86 M.

Das Vermögen der Reichsknappschaf

als Sonderanstalt der Reichsinvalidenversicherung betrug am 31. Dezember 1927

53 602 815,02 Mark.

Von den Ausgaben entfielen entsprechend den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung auf Leistungen für Versicherte:

Renten (§§ 1255—1268)	38 953 540,62 M.
Durchführung von Heilverfahren (§ 1269)	5 449 146,04 M.
Hausgeld (§ 1270)	990 893,27 M.
Allgemeine Maßnahmen (§ 1274)	1 593 946,59 M.
Mehrleistungen (§ 1400)	8 897,58 M.
Insgesamt	46 996 244,10 M.

An Leistungsberechtigten waren in der Invalidenversicherung vorhanden:

	Invalidenrenten	Witwenrenten	Waisenrenten (Stämme)
am 1. 1. 1927	76 036	18 876	40 557
am 31. 12. 1927	85 047	21 947	41 217
Zugang	9 011	3 071	660

Gesamtabschluss.

In den drei erwähnten Versicherungszweigen der Arbeiter betragen 1927 die

Einnahmen	388 124 302,16 M.
Ausgaben	357 790 047,25 M.
Mehreinnahmen	30 334 254,91 M.

An direkten Versicherungsleistungen entfielen von den Ausgaben 332 236 618,75 M. Das Gesamtvermögen der drei Versicherungsarten der Arbeiter betrug am 31. Dezember 1927:

234 541 876,65 Mark.

Haus und Leben

Der Staat sind wir.

Am 9. November.

Der Mensch gleicht dem Künstler, der da gestaltet aus sich heraus, nach seinem Sinn. Der da sein Ich, sein Erleben hineinlegt in seine Werke und in allem sich selber und seine Freiheit liebt. Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte dieser Freiheit, die Geschichte des Kampfes um diese Freiheit. Immer kämpfte die Freiheit gegen die herrschende Macht, drängte dieses innerliche freie Künstlerwollen des Menschen danach, sich auszuleben in seinem Sinn und in der Ordnung des Lebens sich und seine Freiheit wiederzufinden. Und sie nannten es Recht, dieses Suchen, und meinten damit immer und immer dieses Gleiche, Ewige, Selbige, daß der Mensch berufen ist, aus sich heraus das Leben zu bilden und mit dem Leben Eins zu sein.

Zehntausende währte dieses Ringen um Recht, um Freiheit, um Menschlichkeit, und es ist noch nicht lange her, da war auch nicht die Spur einer Freiheit im Zusammenleben zu finden. Da diktierte die Obrigkeit und selbst die Löhne der Bauhandwerker, Spinner, Schneider, Schmiedefeger, Färber, Schlachter und Boten wurden von der Polizei bestimmt.

Das ist das Menschlich-Große des 9. November 1918, daß er diese alte Epoche eines Zwanges von außen endgültig zu Grabe getragen, daß mit ihm eine neue Periode in unserem Volke begann.

Jetzt sind wir frei, weil wir die freie Möglichkeit zum Ervingen unserer Freiheit haben. Von uns hängt jetzt die Freiheit ab, von unserem Willen, von unserer Aufklärung, von unserer Begeisterung, von unserer Einigkeit.

Und von unserer Einigkeit auch das soziale, das berufliche Leben. Kein Zwang hindert mehr von außen, uns zu verbinden zu gemeinsamer kämpfender Macht. Hier sind der Freiheit die Tore offen, und keine soziale Lebensgestaltung wird nicht mehr aus Polizeistuben geleitet, sondern von dir.

Wir sind frei, denn wir können gestalten. Wir können zwingen, wenn wir einig sind. Da gibt's kein Zammern mehr und keine Verzweiflung. Da gibt's nur eines: Aufklärung, Kampf, Werben für den neuen Gedanken der Arbeit als Dienst an Gemeinschaft und jähre Eroberung, Schritt für Schritt, durch immer stärkere Geschlossenheit und Bundeskraft.

Der Staat sind wir. Und die Freiheit sind wir. Und alles wird neu durch uns — wenn wir nur wollen!

Dom der Menschheit.

Goethes Gedichte waren immer aus irgenbeinem persönlichen Erleben heraus geboren. Darum hatten sie für viele etwas Dunkles, und man machte dem Dichter schon zu Lebzeiten den Vorwurf des Geheimnisses und der Undurchdringlichkeit. Demgegenüber antwortete Goethe mit einem Gedichte. Er schrieb:

Gedichte sind gemalte Fenstercheiben!
Sieht man vom Markt in die Kirche hinein,
Da ist alles dunkel und düster.

Doch:

Kommt nur einmal herein!
Begrüßt die heilige Kapelle!
Da ist's auf einmal farbig hell,
Gesicht und Bierat glänzt in Schelle,
Bedeutend wirkt ein edler Schein...

So ist es auch mit dem Schaffen und Gestalten des Volkes und mit seinem Willen und Glauben.

So viele verstehen das Volk nicht. Sie halten das Volk für nichts als eine begehrliche Masse ohne Idealismus und großes

NOVEMBER

Das Wunder, das der Lenz einst werden ließ,
Stirbt im November mit der letzten Aker.
Begraben ist das bunte Paradies,
Die Sonne weicht der Macht der Finsternis,
Grau kriecht der Nebel übers graue Pflaster.

Die Landschaft schauert im verbleichten Kleid,
Sturm, Schnee und Regen feiern ihre Feste.
Den armen Leuten vielfacht sich das Leid,
Die Not geht um, es ist die Gipfelzeit
Der Konjunktur für ärztliche Atteste.

Zum Friedhof lenkt uns die erhabne Pflicht,
Der lieben Toten treusam zu gedenken.
Wenn sich der Abend Schattenkränze slicht,
Erstrahlt die Totenstadt im Kerzenlicht,
Bis es die Schemen in der Nacht ertränken.

Victor Kalinowski

Lebensziel. Sie betrachten das Volk von außen. Sie vergleichen es mit ihrem eigenen Wesen. Sie blicken getrennt, von sich aus, dem Volksfremden, ins Volk, da sehen sie „alles dunkel und düster“.
Doch: „Kommt nur einmal herein!“ Verit das Volk einmal kennen! Werdet selbst Volk! Habt einmal teil an diesem Menschlichen, das das Volk letzten Endes nur will! Und ihr fühlt, daß ihr in einem Dome weilet, wo der Glaube glüht und die Feier eines starken sittlichen Wollens und das Erleben eines großen, heiligen Ziels.

Und ihr blickt dann anders aus diesem Dome hinaus in die Welt. Ihr seht anders, so ganz anders!
Dr. Gustav Hoffmann.

Der Mensch.

Wenn wir in feierlichen Stunden einmal innig mit den anderen fühlen, so verstehend und so liebend, dann regt sich der Mensch in uns. Und wenn wir im Kampfe stehen und streiten für Recht, auch dann wieder fühlen wir, wie alle Schichten des Alltags von uns gefallen und der Mensch sich regt.

Es ist etwas so Tiefes und so Heiliges um den Menschen, daß wir uns frei machen müssen von dem Banne des nüchternen kapitalistischen Tages, um ihn zu fühlen. Da im Werktag von heute ist er verzerrt. Da heist ihn die Sorge. Da quält ihn die Not. Da lastet so oft auf ihm das Kleine. Da lockt das Oberflächliche ihn.

Aber der Mensch ist mehr. Da jenseits des Alltagsmenschen liegt seine Tiefe, sein Wesen, sein wahres Sein. Und wenn du kaufst, dann hörst du aus all dem Lauten des Tages ein stilles Sehnen des Menschen, und du ahnst, daß all dieses Laute nur Betäubung des unbefriedigten Tiefsten ist.

Der Verband

ist Deine Stütze, Dein Halt! Eine starke Organisation nur kann Dir erträgliche Lebensbedingungen erkämpfen. — Doch ohne Opfer kein Erfolg! — Zahle pünktlich Deinen Beitrag für

die 44. Woche

28. Okt. bis 3. November 1928

Du und du und du? in uns allen klingt diese gleiche Seele, die da Menschlichkeit und Gemeinschaft liebt.

Daß dieses Kleine, Menschliche befreit sei von widerstimmiger Verzerrung durch das Außen und wir als freie Menschen nur den Menschen fühlen, das ist die heilige Aufgabe, die da als der tiefste Sinn des Kampfes aus ihm glüht und glüht.
Dr. Gustav Hoffmann.

Die Wirtschaftsmacht des Alkoholkapitals.

Im Jahre 1927 besaßen 16 Brauereien ein Aktienkapital von 20,24 Mill. M. Sie verteilten für 1926 eine Durchschnittsdividende von 12 Proz. Einzelne konnten sogar 18 bis 20 Proz. verteilen. Das Jahr 1927 war noch etwas günstiger. Die Durchschnittsdividende der 16 Brauereien liegt auf ungefähr 13 Proz. Wie das Bild im einzelnen aussieht, zeigt nachstehende Tabelle:

Firma	letzte Dividende	Kurs am 15. 8. 28
Störweke N.-G.	12	298
Schultheiß N.-G.	15	312
Bank für Brauindustrie	11	186
Berliner Kindl. St. Prior	20	535
Engelhardt	20	238
Löwen-Böhmisch	12	330
Havaria St. Pauli	11	238
Brauhaus Nürnberg	12	196
Dortmunder Aktien	12	248
Dortmunder Ritter	20	370
Dortmunder Union	14	267
Holsten	12	228
Leipziger Kiebel	10	149
Müldorf Nachf.	0	88
Schöfferh.-Bindung	20	354
Sinner	10	139

Diese Zahlen geben nur einen kleinen Auschnitt aus dem großen wirtschaftlichen Kreise der Bierindustrie. Sie lehren uns, daß die Fabrikation von Gistgetränken äußerst einträglich ist auf Kosten all der großen Zahl von Proletariern, die einen großen Teil ihres fargen Lohnes und den letzten Rest körperlicher Gesundheit dem Alkoholgößen opfern.

Unterernährung.

In der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ bringt Professor Dr. Th. Brugsch eine Arbeit, in der er auf die Gefahr hinweist, Unterernährungsstörungen über 8 bis 10 Tage auszudehnen. Wenn im Interesse der Erholung und Gesundung des Körpers einmal eine sogenannte Hungerkur nötig ist, dann darf dieser Zustand mangelhafter Zuführung der Nährstoffe nicht mehr als 8 bis 10 Tage betragen. Dabei zwingt die Arbeitslosigkeit so viele zu wochen-, ja monatelanger Unterernährung, unter der auch Kinder zu leiden haben. Die ganze wissenschaftliche Forschung und Unterweisung ist Theorie, solange nicht die sozialen Verhältnisse des Lebens eine Lebenshaltung im Sinne der wissenschaftlichen Erkenntnis ermöglichen.

Das Einkommen der Masse.

Der Reichsfinanzminister gibt eine Aufstellung bekannt, nach der wir in Deutschland 15 Millionen Lohnsteuerpflichtige haben. Von diesen haben ein Durchschnittseinkommen von 2000 Mark 13,8 Mill. Arbeitnehmer und von 1000 M. 1,551 Mill. Arbeitnehmer. Dagegen haben 7300 M. 215 000, 13 500 M. 55 400 und 22 600 M. 55 900 Arbeitnehmer. Der weitaus größte Teil der Arbeitnehmer hat also im Durchschnitt nur 2000 M., so daß also von diesen rund 14 Millionen rund 7 Millionen unter 2000 M., also monatlich unter 150 M. haben.

Hundert Jahre Reclam . . . Sechzig Jahre Universalbibliothek.

Reclams Universal-Bibliothek ist ein Werk, auf das Deutschland stolz sein darf. Mein Wunsch ist, daß das Werk weiter gedeihen, und wie bisher, so auch ferner unzähligen Wissen, Aufklärung und genußreiche Unterhaltung bieten möge.
August Bebel.

Wenn in diesen Oktobertagen der weithin bekannte Verlag Philipp Reclam jun. in Leipzig den Jubeltag seines hundertjährigen Bestehens unter Teilnahme der gesamten deutschen Kulturwelt feiert, dann will auch die organisierte Arbeiterchaft das Gefühl eines Dankes zum Ausdruck bringen. Denn wenn man von den wenigen sozialistischen oder der sozialistischen Gedankenwelt nahestehenden Verlagsunternehmungen abieht, ist es vor allem der heutige Jubilar, der der Entwicklung, der kulturellen Auflockerung und der geistigen Gestaltbildung des Proletariats hilfreiche, anzuerkennende Dienste geleistet hat. Von dem hundertjährigen Schaffen des Verlages Reclam sind allein 60 Jahre einem kulturellen und volksbildnerischen Unternehmen gewidmet gewesen, das in aller Welt unter dem Namen Universal-Bibliothek Klang und Anerkennung gefunden hat. Diese großangelegte, in ihrer Bedeutung einzig dastehende Sammlung von 6800 Nummern in der bekannten gelben Heftform ist zum guten Teil die Kistkammer des Geistes und eine Stätte der Selbstbildung für die Arbeiterchaft geworden. Von 1867 bis zum Jahre 1867 die deutschen Klassiker nur in der teuren, für weite Kreise des Volkes unerschwinglichen Ausgabe der Originalverleger käuflich, so wurde nach Ablauf der Schöpfung im November 1867 in der ersten Nummer der gegründeten Universal-Bibliothek, die Goethes „Faust“ für zwei Silbergroschen erzielt, der denkwürdige Grundstein für eine ungeschwächt preiswerte Sammlung unserer Klassiker in Einzelausgaben gelegt. 24 Werke von Schopenhauer, 15 von Schiller und 11 von Goethe enthalten die ersten 100 Nummern der Universal-Bibliothek. Seitdem wuchs sie von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr — eine gewaltige Pyramide des Geistes. Heute umfaßt sie mit ihren 6800 Nummern alle Gebiete des kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Lebens: deutsche Klassiker, Werke der Philosophie, der Geschichte, der Naturwissenschaft und Jurisprudenz, Gesellschaftswissenschaft, Dichtungen aller Völker und Zeiten, Opernregie, Musiklehre, Erziehungslehre, Literaturgeschichte, Biographien, Reisebeschreibungen, Staats- und Sozialwissenschaften, Gesundheitslehre, Radiotechnik, Wörter- und Nachschlagebücher, Geistesammlungen und vieles andere noch. In diesen, der allgemeinen Bildung und Orientierung dienenden

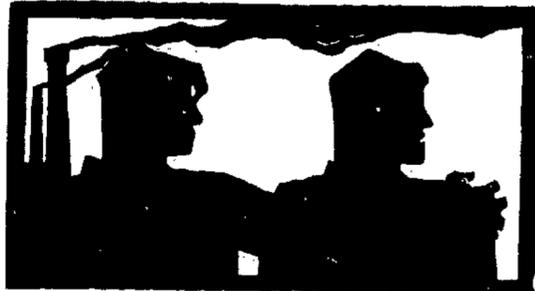
Ausgaben gesellen sich eine ganze Reihe von Werken der Vorläufer des modernen Sozialismus, der sozialistischen Klassiker, der sozialistischen Schriftsteller unserer Zeit. Da finden wir: Karl Marx: „Lohnarbeit und Kapital“, das auch noch andere kleinere Schriften aus Margens Frühzeit enthält, ein gelbes Heft, 120 Seiten stark, sauber, in wohlgefalliger Type gedruckt, für 8 Pf. Cassalles „Arbeiterprogramm“, von dem in sozialistischen Kreisen nicht unbekanntem Genossen Dr. Hermann Deller eingeleitet. Ferner die vorzügliche zweibändige „Geschichte des Materialismus“ von Dr. A. Lange, an dessen hundertjährigen Geburtstag wir uns am 2. September erinnern konnten, ein Werk, das nicht ohne Einfluß auf die philosophische Grundlegung des Sozialismus geblieben ist. Beim Durchblättern des 150seitigen Hauptkatalogs der Universal-Bibliothek finden wir noch eine ganze Reihe von Veröffentlichungen, die der sozialistischen Lehre benachbart und auf das ganze Proletariat nicht ohne nachhaltigen Eindruck geblieben sind: Bellamy: „Rückblick aus dem Jahre 2000“, Thomas Morus: „Utopia“, Rousseau: „Gesellschaftsvertrag“, Werke von Haeckel, Fichte, Hegel, Henry George, Alexander Herzen, Mignets „Geschichte der französischen Revolution“ ist immer noch die billige und für die Arbeiterchaft instruktive Darstellung. Von zeitgenössischen sozialistischen Autoren sind die Bücher von Dr. Viktor Engelhardt zu nennen. Seine kulturphilosophische Skizze: „Weltbild und Weltanschauung vom Altertum bis zur Gegenwart“ hat vornehmlich der jungen sozialistischen Generation wertvolle Hilfe in ihren geistigen und seelischen Kämpfen und Orientierungen geleistet, sollte aber auch stärker als bisher von der gesamten Arbeiterchaft aufgenommen werden. Ebenfalls schrieb Engelhardt eine „Geschichte der geistigen Kultur Indiens und Chinas“ und die „Geschichte der geistigen Kultur Ägyptens, Babyloniens und Judas“. Es gibt keine wohlfeilere und klarer dargestellte Einführung in das Wachstum, die Entwicklung und den Niedergang dieser außereuropäischen Völker als diese Publikationen von Engelhardt. Sie sollten vornehmlich in der Bibliothek der jungen bildungshungrigen Proletarier ihren Platz finden. Lyrisches, das uns besonders angeht, finden wir in den Werken Herweghs („Gedichte eines Lebendigen“), Freiligraths („Gedichte“) und in einigen Gedichtauswahlbänden von Heine. Proja, die Lebensgut aller Proletarier geworden ist, erhält in der lebendigen Auswahl von Werken Maxim Gorkis, in der eiführenden von Leo Tolstoi, in den Werken unserer Arbeiterdichter Karl Bröger („Der unbekante Soldat“), Martin Andersen Nexö („Schwarze Erde“) und des verstorbenen Oesterreichers Alfons Redl („Das letzte Mittel“) Aufnahme und Würdigung. Ganz außerordentlich wichtig und notwendig für die Funktionäre unserer gewerkschaftlichen, politischen und sozialen Körperschaften sind die Geistesausgaben in den neuesten Fassungen, von

denen nur die Veröffentlichungen: Angestelltenversicherungsgesetz, Arbeitsgerichtsgesetz, Betriebsrätegesetz, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Reichsversicherungsordnung, Reichswahlgesetz und Reichstimmordnung, angeordnet werden sollen. (Alle diese Ausgaben sind preiswert wie keine andere, und sind, wie viele Veröffentlichungen der Univ.-Bibliothek, auch gebunden erhältlich.)

Zum Abschluß soll noch auf einige andere Unternehmungen des rührigen Verlages, die dem Gebiet und der pädagogischen und volkstümlichen Bestimmung benachbart sind, aufmerksam gemacht werden. Wenn die Einzelausgaben der klassischen Werke der Weltliteratur, die die Universal-Bibliothek in der bekannten, einfachen Form in ständiger Neuausgabe bietet, nicht etwa zu Gefühlsregungen, genügen, sei auf die köstlichen „Reclams Helios-Klassiker“ verwiesen. Börne, Schiller, Hölderlin, Schopenhauer, Hebel, Kleist und viele andere sind hier in vornehmer, gediegener Ausstattung, die zum Teil der bekannte Buchkünstler Professor E. R. Weiß bejorgte, zu dem spottbilligen Preis von 2,75 M. für den Ganzleinenband käuflich.

Eine in ihrer Art einzigartige Erscheinung ist der Band „Reclams Praktisches Wissen“. Hierin besitzen wir nun ein laugentbehrtes Hausbuch, das jede Arbeiterfamilie ihr eigen nennen sollte. Eine Fülle von technischen und naturkundlichen Dingen, die uns der Alltag zu überdenken aufgibt, eine Menge an praktischen Belehrungen und Fragen aller wichtigen Lebens- und Kulturgebiete: Technik, Hygiene, Ernährung, Haus-, Volks- und Privatwirtschaft, Recht, Stilkunde, Garten- und Blumenpflege, Sport, Erdkunde und vieles andere ist hier in einem 222seitigen, durch die Mitarbeit vieler bekannter Fachmänner und durch viele Textbilder, Tabellen und Kupferdrucktafeln vorzüglich unterstützten Werk, das noch einmal alle volksbildnerischen Bemühungen des Verlages zusammenfaßt, zusammengestellt.

Es gibt, abgesehen von den eigenen Instituten der Arbeiterchaft, kein zweites privatwirtschaftliches Verlagsunternehmen, das dem sozialistischen Proletariat im gleichen Umfang so wertvolle Dienste geleistet hat. Das muß und soll anerkannt werden. Sicherlich ist noch vieles notwendig, sind auch viele Mängel zu bedauern. Denn wenn man mehr noch als bisher die Arbeiterchaft zu Freunden und Benutzern der Universal-Bibliothek und der übrigen Produktion des Verlages machen will, dann wird noch die Aufnahme vieler fehlender Namen notwendig sein. Über das eine bleibt: Tausende dieser gelben Heften haben vielen von uns die Augen geöffnet, viele erst auf den Weg gebracht und sie in den Stand gesetzt, Volk und Völker, ihre Geschichte und ihre Kultur, ihre geistigen und wirtschaftlichen Grundlagen in Besitz zu nehmen, um bereit und geschult zu sein für den Kampf des Tages, für den Kampf des sozialistischen Proletariats.
Walther G. Oschilewski.



Jungkamerad

Kampf und Sieg der niederschlesischen Jungkameraden.

Ueber den Lohnkampf und mühseligen Streit der niederschlesischen Bergarbeiter ist in unserer Zeitung wiederholt berichtet worden. Besondere Erwähnung verdient jedoch die Haltung der jungen Bergarbeiter Niederschlesiens. Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes gekämpft und einen nennenswerten Sieg errungen.

Sie haben gekämpft! Jawohl! Sie haben die Front der Streikenden verstärkt und keine Streikbrecherdienste geleistet. Sie haben auch tapfer Streikposten gestanden. Und mehr als das: sie waren schon vor dem Streik bis zu 50 Prozent in unserem Verbandsorganisiert. Im letzten Jahre wurden im **Waldburger Bezirk allein 126 Neuaufnahmen** gemacht. Die übrigen sind während des Streiks größtenteils in den Verband eingetreten. So fand der Streik nicht nur eine kampfesfreudige, sondern auch organisationsfreudige Schar. Und das war gut so! Denn auch den jungen ledigen Kameraden war die Streikunterstützung, die der Verband gewährte, ein guter Ansporn zum Ausbilden. Zum ersten Male haben somit die jungen Kameraden erlebt, was es heißt, mit den älteren Schulter an Schulter zu kämpfen.

Sie haben auch einen nennenswerten Sieg errungen. Das muß betont werden, obwohl die Ungunst wirtschaftlicher und machtpolitischer Verhältnisse den niederschlesischen Streit zu einer Tragödie gestempelt hat. Aber gemessen an dem materiellen Erfolg, den der Streik den jüngeren Kameraden gebracht hat, kann man wirklich von einer Niederlage nicht sprechen. Im Gegenteil: die erzielten Erfolge sind für die Geschichte der Bergarbeiterbewegung einzig dastehend. Noch nie wurde ein Streit mit einem solchen günstigen Ergebnis beendet, wie es in diesem Falle den jungen Kameraden zuteil wurde. Unser Verband wandte sich deshalb mit einem werbenden Aufruf an die jungen Bergarbeiter, den wir unseren Leuten nicht vorenthalten möchten, da er zugleich einen interessanten Einblick in den Stand der Dinge gewährt:

Junge Bergarbeiter Niederschlesiens!

Kameraden! Anfang September kündigte der Verband der Bergarbeiter Deutschlands gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften den Lohnkampf. Gefordert wurde eine besondere Erhöhung der Jugendlöhne und eine allgemeine Lohnsteigerung von 15 Prozent. Die Unternehmer lehnten bekanntlich diese Forderungen als untragbar ab. Daraufhin setzte der heroische Kampf ein, an dem Ihr Euch in musterbildender Weise beteiligt habt. Nach einem zweiwöchigen hartnäckigen Kampfe wurde entgegen unserem Willen und gegen die Unternehmer ein Schiedsspruch gefällt und verbindlich erklärt, der den Lohnstreit vorläufig beendet.

Was bringt dieser Schiedsspruch?

Er erfüllt nicht alle Forderungen restlos, sondern regelt die Jugendlöhne künftig wie folgt:

Im Bezirk **Waldburg** werden die Jugendlöhne pro Schicht erhöht

A. Ueber Tage:

	einchl. 1 1/2 % ab 1. 1. und 1. 9. 1929 insgesamt	um
für 14-jährige ab sofort um 2 Pf.		um 33 Pf.
" 15 " " " " 33 "		" 39 "
" 16 " " " " 40 "		" 67 "
" 18 " " " " 55 "		" 66 "
" 22 u. 23j. " " " 17 "		" 61 "

B. Unter Tage:

für 16-jährige ab sofort um 66 Pf.	um 71 Pf.
" 18 " " " " 67 "	" 79 "

Bezirk **Neurode**.

A. Ueber Tage:

für 14-jährige ab sofort um 27 Pf.	um 32 Pf.
" 15 " " " " 32 "	" 38 "
" 16 " " " " 53 "	" 59 "
" 18 " " " " 50 "	" 59 "

B. Unter Tage:

für 16-jährige ab sofort um 58 Pf.	um 66 Pf.
" 18 " " " " 56 "	" 66 "

Alle übrigen Kategorien erhalten die allgemeine schrittweise Lohnerhöhung in einer Gesamthöhe von 7,6 Proz. Bisher wurde über Tage erst mit 21 Lebensjahren der volle Lohn gezahlt, nunmehr sollen dauernd die 14-jährigen den Vollarbeiterlohn erhalten.

Jungkameraden! Dieses Ergebnis berücksichtigt unsere Forderungen nicht vollumfänglich. Aber gegenüber dem bisherigen Zustande bringt der Schiedsspruch als Frucht unseres Kampfes zweifellos beachtenswerte Verbesserungen der Jugendlöhne. Wir haben den Lohnkampf also nicht vergeblich geführt. Wenn er eine volle Verwirklichung unserer Forderungen nicht gebracht hat, so kann den Gewerkschaften und uns organisierten Bergarbeitern kein Vorwurf gemacht werden. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften hätte den organisierten Kameraden ein weiteres Ausbilden im Kampfe ermöglicht. Dagegen mußte Rücksicht auf die unorganisierten Bergarbeiter genommen werden. Sie müssen in diesem Kampfe gelernt haben, daß einmütiges Handeln uns zum Ziele führt und daß wir auch künftig einmütig und geschlossen um die Verbesserung unserer Lebenslage ringen müssen. Die hartnäckige ablehnende Haltung der Unternehmer kann nur durch eine starke Organisation gebrochen werden. Die bewährteste und härteste Bergarbeiterorganisation ist der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der ohne Rücksicht auf religiöse und parteipolitische Aufschauungen die Bergarbeiter zu einer wirksamen wirtschaftlichen Kampfgenossenschaft zusammenschweißen will.

Darum, Kameraden, laßt diesen Streit eine wichtige Lehre und ernste Mahnung sein. Der nächste Lohnkampf darf nicht nur 27.000 streikende, sondern muß ebensoviel organisierte Bergarbeiter aufweisen. Das ist möglich, wenn die unorganisierten Bergarbeiter einen Bruchteil der erreichten Lohnerhöhung aufwenden, um der Organisationspflicht zu genügen, und eintreten in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

tionen sich steigert und die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit noch größeren Umfang als bisher annimmt.

Die von der Arbeiterkraft errungenen Fortschritte auf kulturellem, wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete gewähren der heutigen Jugend ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit, als dies vor einem Jahrzehnt noch der Fall war. Die durch Krieg und Kriegsfolgen verursachte körperliche und geistige Verelendung der jungen Generation sowie die trotz der erreichten sozialen Fortschritte verstärkte Juanspruchnahme der jungen Menschen im Wirtschaftsleben fordert jedoch nach wie vor einen ansehnlichen Jugendschutz, der der erwerbstätigen Jugend mehr als bisher Zeit und Gelegenheit zur Selbstbestimmung und zum Auswachsen gibt. Die gesamte Arbeiterbewegung hat sich bereits seit langem mit großer Energie für besondere Jugendschutzmaßnahmen eingesetzt und in politischem und wirtschaftlichem Kampfe erhebliche Fortschritte erzielt. Darüber hinaus muß jedoch endlich durch die Gesetzgebung so bald als möglich ein verstärkter Schutz der Jugend, besonders den Gebieten der Arbeitszeit und des Urlaubs, festgelegt werden, wenn nicht die Gefahr einer frühen Verminderung der Volkskraft entstehen soll.

Der Kampf der sozialistischen Organisationen für die Erfüllung der Forderung: „Mehr Freizeit für die Jugend!“ verpflichtet die erwerbstätige Jugend auch zur sinnvollen Verwendung ihrer Freizeit. Die Erfüllung dieser Verpflichtung ist für die arbeitende Jugend nur möglich in den Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung, denn arbeitende Jugend und sozialistische Jugendbewegung sind eins!

Wochenendkursus in Niederschlesien.

In **Centnerbrunn**, dem idyllisch gelegenen Eigenheim der Neuroder Arbeiterkraft, tagte am 6. und 7. Oktober ein Wochenendkursus, an dem 11 Jungkameraden aus dem **Waldburger** und **Neuroder** Bergbauerevier teilnahmen. Die Tagung wurde am Sonntagvormittag vom Kameraden **Engel** mit kurzen Begrüßungsworten eröffnet. Daraufhin ergriff **Kamerad Triem** von der Hauptverwaltung unseres Verbandes das Wort. Zunächst sprach er zu dem Thema: „Arbeiterbildung und Gewerkschaften“. Ausgehend davon, daß das Wesen der Bildung besonders in zwei Arten, in die geistige und seelische Bildung, zerfällt, wurden zunächst die diesartigen Mängel der Arbeiterschaft und die daraus ent springenden Bedürfnisse erörtert. Als Ursache der geistigen Not wurde das Bildungswesen der bestehenden Klassen und die sich daraus ergebenden aktuellen gewerkschaftlichen Forderungen be-

prochen. Die seelische Not, verursacht durch Besitzlosigkeit und Mechanisierung im heutigen Wirtschaftssystem, erfordere eine besondere Freizeitkultur. Aber nicht nur als Ausgleich gewisser Notlagen erfordere das Bildungsproblem besondere Beachtung, sondern aus unserem gewerkschaftspolitischen Streben. Wir Arbeiter haben eine Welt zu erobern. Dies können wir nur, wenn wir anderen Klassen geistig ebenbürtig werden.

Nachdem noch erörtert worden war, was die Gewerkschaften bisher auf dem Gebiete der Bildungsarbeit getan haben und wie ein jeder seine Weiterbildung betreiben soll, fand dieses Thema seine Erledigung.

Kamerad Triem sprach dann über die besonderen Aufgaben unserer Jugendarbeit, indem er die besonderen Bildungsträger der Jugend darlegte nach gewerkschaftlichen und psychologischen Gesichtspunkten. Auch Winke zur praktischen Werbearbeit wurden genügend gegeben.

Am Abend trafen wir uns zu einem geselligen Beisammensein. Die dargebotenen Rezitationen gliederten sich in einen ersten und zweiten Teil. Der Abend sollte den Jugendobscenen zeigen, wie man gesellige Abende wirksam ausstattet.

Bei der weiteren Arbeit am anderen Tage fand die vertagte Aussprache statt. Die Jungkameraden verbanden mit derselben gleichzeitig auch einen kurzen Bericht über die Erfolge der Jugendarbeit in den Gruppen. Sehr wesentliche Momente kamen zur Sprache, die vom Kameraden **Triem** zusammenfassend in längeren Ausführungen sachgemäß und richtunggebend beantwortet wurden.

In einem weiteren Vortrag wurde schließlich zu den Fragen des Jugendschutzes und der bergmännischen Ausbildung Stellung genommen.

Die Tagung, die einen guten Verlauf nahm, brachte wertvolle Anregungen für die künftige Jugendarbeit. Der Leiter der Tagung erwähnte die Jungkameraden, die in aufmerksamer Weise mitgearbeitet hatten, das Gelernte zu Hause in die Tat umzusetzen. Mit einem herzlichen Glückwunsch und mit dem Rufe: „Vorwärts, zur Sonne, zur Freiheit!“ wurde der Kurfsus geschlossen. **H. Engel**.

Großer Agitationserfolg der Jungkameraden im Bezirk **Halle**.

Die Jugendarbeit und Agitation im Bezirk **Halle** hat durch achtstägigen Schulungskursus der jungen Funktionäre in **Wernigerode** einen guten Aufschwung genommen. Diejenigen Kameraden, die dieser Art von Schulung und Ausbildung skeptisch gegenüberstanden, sind heute von dem großen Wert überzeugt. Rund zwei Drittel der Kursteilnehmer haben sich mit voller Kraft der Organisationsarbeit gewidmet. Durch das Näherbringen der Probleme unseres Gewerkschaftslebens, durch die Fühlungnahme mit den Führern der Organisation und das Vertrautwerden mit den großen Wirtschaftsrängen ist den Jungkameraden wertvolles Material an die Hand gegeben worden. Viele Mißverständnisse und öde Verleumdungen konnten durch das Zusammensein mit der Führung beseitigt werden. So hat diese Tagung die Liebe zur Organisation und den Willen zur aktiven Mitarbeit erstarren lassen. Einige Jungkameraden sind heute schon als Untertassierer und Betriebsvertrauensleute, andere als Jugendobscene tätig. Während den Arbeitszeit- und Tarifbewegungen im mitteldeutschen Bergbau haben sich eine Anzahl Kameraden hervorragend an der Agitationsarbeit beteiligt. So hat der **Kamerad H. aus Holzweißig** in der Zeit vom 1. August bis 1. Oktober 64 Aufnahmen, der **Kamerad E. aus Spargau** 40, der **Kamerad A. aus Wernburg** 23, der **Kamerad W. aus Niederreichstedt** ebenfalls 23, der **Kamerad E. aus Rahnsdorf** 102 Aufnahmen für den Verband gemacht. Insgesamt haben diese Jungkameraden in acht Wochen 277 neue Mitglieder gewonnen. Das ist ein großer Erfolg. Durch intensive Haus- und Betriebsagitation haben die Jungkameraden immer wieder die Unorganisierten bearbeitet und sie so dem Verbandszugeführt. Dieser Erfolg muß andererseits für die Jungkameraden, die noch inaktiv sind, ein Ansporn sein, diesem Vorbild nachzueifern. Wir stehen kurz vor dem Winter, der besten Zeit zur Agitation. Au langen Winterabenden bei geselligen Zusammenkünften bietet sich für den jungen Funktionär ein reiches Betätigungsfeld. Er muß nur auf dem Posten sein, d. h. er muß immer bereit sein, im Interesse des Verbandes zu wirken. Nutzen wir die Zeit!

Jungkameraden: vor die Front!

Parole der nächsten Zeit: Stärkung des Verbandes bis zur restlosen Organisierung aller Bergarbeiter!

Mansfelder Jugendarbeit.

Im **Sangerland** **Mansfeld** regt es sich! Es geht vorwärts! Zu einem Wochenendkursus hatten sich die Jungkameraden an einem schönen Sonntagabend und Sonntag in **Delbra** eingefunden.

Kamerad Ernst Burck sprach über Arbeitszeit und Bergarbeiterjugend in Form einer Arbeitsgemeinschaft. Der Abend war umrahmt von einigen Rezitationen und von Musik. Am Sonntagvormittag sprach **Kamerad Otto Wieprich** über die Forderungen der Bergarbeiterjugend und erstattete Bericht über die Jugendkonferenz in **Düffeldorf**. Dann kam **Kamerad Ernst Burck** nochmals zu Wort; er behandelte das Betriebsräterrecht.

Nach einigen organisatorischen Erörterungen über die zukünftige, vor allem erfolgreiche Arbeit gingen alle befriedigt auseinander. Von **Mansfelds** Jugend ist oft in bestmöglichen Reden gesprochen worden. Es wird sich aber zeigen, daß der starke Jugendfunktionärstab, über den wir verfügen, in der Lage sein wird, den letzten Sämlingen aus dumpfen Winkeln in die Reihen der organisierten Bergarbeiter zu bringen, denn Jugendarbeit ist Zukunftarbeit.

Es gibt drei Arten von Menschen. Die erste lebt in Palästen. Die zweite lebt von und durch die Paläste. Und die dritte lebt für die Paläste. Leb? Das ist viel gefragt. „Man“ sagt: freipiert!

Jugendführerkundgebung.

Die Trennung der Arbeiterschaft in gewerkschaftliche, politische und sportliche Verbände wird oft als hemmend empfunden. Insbesondere wird diese „Ueberorganisation“ in der sozialistischen Jugendbewegung oft als ein Uebel betrachtet. Die Ursachen, die diesen Zustand bedingen, ergeben sich jedoch aus der Vielfältigkeit des gesellschaftlichen Lebens, die jeder Bewegung gewisse „Aufsichtsbefugnisse“ zurpricht. Die Schwierigkeiten, vom gewerkschaftlichen Standpunkt gesehen, sind deshalb nicht dadurch zu beseitigen, indem man z. B. der Arbeitersportbewegung einfach jedes Betätigungsbereich absperrt. Im Gegenteil, es muß versucht werden, durch gegenseitige Verständigung und bestmögliche Zusammenarbeit die allgemeinen Arbeiterinteressen zu fördern. Um diese erwünschte Zusammenarbeit zu fördern, fand am 11. Oktober in **Beilun** eine Jugendführerkundgebung statt, zu der die freigewerkschaftlichen Jugendleiter sowie Delegierte der sozialistischen Arbeiterjugend und des Arbeitersportbundes erschienen waren. Als Ergebnis dieser Beratungen wurde einstimmig die folgende Entscheidung angenommen:

„Vor zwanzig Jahren begannen die Organisationen der sozialistischen Arbeiterkraft Deutschlands die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, die Erziehung der schulentlassenen Arbeiterjugend im sozialistischen Sinne. Durch gemeinsame Maßnahmen förderten sie die sozialistische Jugendbewegung, die bei Ausbruch des Krieges über 100.000 Angehörige zählte. Heute umfassen die sozialistischen Jugendverbände etwa 400.000 Jugendliche. Gewerkschaften, Arbeitersportvereine und sozialistische Arbeiterjugend sind unabhängig voneinander, aber in freundschaftlicher Fühlungnahme tätig, um die heranwachsende Jugend für die Ideen und Aufgaben der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Trotz dieser erfreulichen Fortschritte stehen immer noch große Massen von Jugendlichen außerhalb der sozialistischen Bewegung. Es ist auch zweifellos, daß die sozialistische Jugendarbeit noch in erheblichem Maße ausgebaut werden kann. Eine große Steigerung des Umfangs und der Leistungen der sozialistischen Jugendbewegung ist möglich, wenn die drei großen Organisationen sich der Gemeinsamkeit ihrer Erziehungs- und Arbeitsziele stets bewußt sind, enger als bisher zusammenarbeiten und sich gegenseitige Förderung zuteil werden lassen.“

Der Erfolg der sozialistischen Jugendbewegung wird ferner in hohem Maße stets davon abhängen, daß die Masse der erwachsenen Arbeiterschaft ihr imphatisch gegenübersteht und zu aktiver Mitarbeit bereit ist. Mit Stolz kann auf die große Zahl von hingebungsvollen Mitarbeitern geflickt werden, aber im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegt es, daß die Anteilnahme der gesamten Arbeiterschaft an der Tätigkeit ihrer Jugendorgani-

Saargebiet.

Der deutsch-saarländische Kohlenaustausch in den ersten acht Monaten 1928.

Die Saargruben haben ihre bisher stärkste Krise, die Anfang 1927 einsetzte, hinter sich. Im Jahre 1927 wurden 21, im laufenden Jahre bis Ende März 9, insgesamt also im Zeitraum eines Jahres 33 Feiertage eingeleitet. Die Belegschaftsziffer betrug im Januar 1927 71.019, Ende August 1928 dagegen nur noch 59.219. Das bedeutet eine Verminderung der Belegschaft um 14.770 Personen.

Die Tagesförderung betrug im Januar 1927 49.116 T., im August 1928 infolge der um 19 Prozent verringerten Belegschaft noch 32.932 T. Die Absatzverhältnisse haben sich bei geringerer Förderung gebessert.

Die Ausfuhr der Saarkohle nach den Reichsgebieten hat sich, wie nachstehender Nachweis des Statistischen Reichsamtes besagt, etwas gehoben. Es betrug (in Tonnen) die

Ausfuhr nach dem Reich	Einkünfte nach dem Saargebiet				Stein-T.
	Steinkohle	Steinkohle	Rohk.	Brant.-Wert	
Januar	88.920,1	16.808,0	3.884,2	3.755,0	60,0
Februar	100.759,6	15.219,7	5.659,1	5.315,0	—
März	83.408,1	15.012,1	1.800,8	4.100,0	55,0
April	82.923,6	12.277,5	3.081,0	4.155,0	16,6
Mai	110.888,6	12.622,3	1.135,0	2.815,0	150,0
Juni	122.014,1	10.258,0	2.282,0	2.090,0	—
Juli	112.029,0	15.747,0	3.168,0	1.103,0	—
August	130.294,0	12.662,0	3.133,0	3.865,0	96,0
Zusagl.	831.268,0	110.607,0	27.179,0	30.828,0	378,0

Der Ausfuhr aus dem Saargebiet von 831.268 T. Kohlen steht die Einfuhr aus dem Reich von 168.292 T. Brennstoffe gegenüber.

Die Saarkommunisten gegen die Saarbergarbeiter.

Die Saarbergarbeiter waren gezwungen, innerhalb eines Jahres 33 Schichten infolge Absatzmangels zu feiern. Die Regierungskommission hat anfänglich der letzten Lohnbewegung auf Grund einer Vereinbarung mit den Organisationen infolge des Lohnausfalles durch die Feiertage den Bergarbeitern eine einmalige Zulage von 100 Fr. durch die Grubenverwaltung gezahlt. Der Betrag betrug 5 Mill. Fr.

Diese soziale Selbstverständlichkeit der Regierung läßt nun die Saarkommunisten nicht schlafen. In den Gemeinde- und Stadtparlamenten, welche die Ehre haben, wichtigste kommunisistische Arbeitervertreter zu dem Kollegium zu zählen, stellen die Bergarbeiterfreunde Anträge, welche den Beschluß der Regierung, den Bergarbeitern 100 Fr. zu zahlen, mißbilligen.

Solche Anträge wurden in den letzten Sitzungen der Stadträte in Saarbrücken und Neunkirchen gestellt. Daß die bergarbeiterfreundlichen Moskajünger bei den erfolgten Abstimmungen allein auf weiter Flur blieben, ist selbstverständlich.

Wenn ein Arbeiter im Saargebiet jedes Tage arbeitslos ist, erhält er die Arbeitslosenunterstützung. Nur die Bergarbeiter, welche 33 Tage feiern mußten, sollen von der Regierung nach Ansicht der Kommunisten nichts erhalten! Die größten Steuerzahler im Saargebiet sind die Bergarbeiter. Es kann diesen deshalb nicht gleichgültig sein, wie ihre Steuergrößen Verwendung finden, ob nur für Erhöhung der Beamtengehälter oder auch als Unterstützung der Bergarbeiter für erlittene Arbeitslosigkeit.

Die Herren Saarkommunisten mögen sich beruhigen: die Saarbergleute sind von den 100 Fr. ihrer eigenen Steuergelder nicht reich geworden! Die kommunistischen Proteste (ob sie besteht sind?) gegen die Saarregierung sollen wohl eine Handhabe bieten, in Zukunft solche berechtigte Maßnahmen unterlassen zu können.

Bergarbeiter, beurteilt eure Freunde nach Worten und Taten!

Um die Sicherheit im Saarbergbau.

Am 17. Oktober fand in Sulzbach eine Konferenz der Verbandsleiter der Saarbergarbeiter für die Inspektionen IV, V, IX und X statt. Kamerad Schmidt sprach über Gruben-sicherheit und Sicherheitsvorschriften. Unter Hinweis auf die Vorkriegskämpfe, die um das Gruben-sicherheitsproblem geführt wurden und die schließlich zur Schaffung der Sicherheitsmännerbestimmungen führten, gab er ein Bild über die Sicherheitsbestimmungen und Kontrolleinrichtungen, die insbesondere für den preussischen Bergbau in der Nachkriegszeit getroffen wurden. Der wachsende Einfluß der Gewerkschaften werde erkennbar in der zunehmenden offiziellen Mitarbeit in Sicherheitsfragen und in der Tatsache, daß Vertrauenspersonen der Gewerkschaften im preussischen Bergbau als staatliche Kontrollen tätig seien. Im Saargebiet sei man leider mit den Vertragsbestimmungen über die Tätigkeitsmöglichkeiten der Sicherheitsmänner noch nicht über das Sicherheitsmännergesetz, das von Hilger als weiße Salbe bezeichnet wurde, hinausgekommen. Man habe zwar in den ersten Jahren nach dem Kriege den Sicherheitsmänner größeren Wirkungsräumen überlassen, aber heute geht die Tendenz der Grubenverwaltung dahin, die Tätigkeitsmöglichkeiten der Sicherheitsmänner einzuzengen. Dies sei hinsichtlich der Umstellung der Betriebsarbeit und der Betriebs-einrichtungen außerordentlich bedauerlich. Die vorhandenen Bergpolizeivorschriften reichten nicht mehr aus, um alle Betriebsvorgänge richtig zu lassen. Als Beispiel erwähnte Kamerad Schmidt die mangelhaften Bestimmungen über den maschinellen Förderbetrieb unter Tage. Desgleichen würden auch die Bestimmungen den Arbeitsverhältnissen in den hohen Adolfsböden nicht mehr gerecht. Die Maschinen seien verstärkt in den Bergbau eingebunden, ohne daß in die Polizeivorschriften die notwendigen Sicherheitsbestimmungen hineingebracht würden. Dies müsse auf die Dauer die Gefahren im Grubenbetrieb erhöhen. Leider sei die Einstellung der Bergbehörde zu den Sicherheitsfragen, soweit sie die Grubenverwaltung angehe, nicht immer als objektiv zu bezeichnen. Die Sicherheitsmänner hätten daher die besondere Pflicht, dem Sicherheitsproblem erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und auch innerhalb der Belegschaft erzieherisch zu wirken, denn das höchste Gut im Betriebe sei das Leben der im Betrieb Beschäftigten.

An der Diskussion beteiligten sich zwölf Kameraden. Ein Kamerad von Grube Jägerföhre berichtete sich darüber, daß die Verwaltung versuche, ihm bezüglich der Anmeldung der Fahr-schicht Schwierigkeiten zu machen. Ein anderer Kamerad von der gleichen Grube berichtete, daß der Steiger seiner Abteilung den Jahresschicht bestimmen wollte. Als er dies abgelehnt habe, hätte der Steiger schon dreimal das Mitfahren verweigert. Ein Kamerad von Grube Friedrichsthal berichtete, daß dort der Ingenieur jetzt ohne Rücksicht auf das Gebirge in einer Abteilung wandernden Anbau angeordnet habe. Seiner Beschwerde sei nicht Rechnung getragen worden. Der Kamerad will sich beschwerdeführend an das Oberbergamt wenden. Desgleichen wies ein Kamerad von derselben Grube auf das Fehlen der Blutzirkulation bei höheren Stößen hin. Von Grube Camphausen wird berichtet, daß dort in einer Schicht 11 Unglücksfälle vorgefallen seien. Die Kameraden führen dies zum größten Teil auf die Nichtbeachtung der Bergpolizeibestimmungen zurück. Einmütig verlangten die Kameraden abermals wieder, daß die Grubenverwaltung die früheren blauen Lohnzettel jedem Kameradschaftsältesten ausändigen solle, damit die in der letzten Zeit wiederholt festgestellten Versuche, Schichten in einer Kameradschaft einzutragen, die gar nicht in derselben verfahren worden sind, unterbunden würden. Desgleichen führten alle Kameraden Beschwerde über das rigore Vorgehen der Grubenbeamten, um ungenügend beladene Wagen feststellen zu können. Es sei auf allen Gruben eine Strafzettel eingeführt. Von Grube Dirsbach berichtete ein Sicherheitsmann, daß dort die Grubenverwaltung Material zu den Schüttelrutschen den Kameradschaften auf das Gehaltskonto leste. Leider seien die fraglichen Kameradschaften seiner Aufforderung auf Klageführung durch die Organisation noch nicht nachgekommen.

Im Schlußwort ging Kamerad Schmidt auf die einzelnen Beschwerden ein und ermahnte nochmals die Sicherheitsmänner, alles zu tun, um das Leben der Kameraden in den Betrieben zu helfen und den Verband zu stärken.

Möglichkeit zu geben, sich eingehend mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Berufe bzw. Industriezweige, in denen der Streit entstanden ist, zu befassen.

5. Bei der Bildung der Schlichtungskammer bzw. der Schlichterkammer sollen die Schlichtungsausschussvorsitzenden bzw. die Schlichter darauf hinwirken, daß die Beisitzer nicht oder wenigstens nicht ausschließlich aus dem Personenkreis entnommen werden, der mit der Führung des ausgebrochenen Interessenstreites selbst betraut ist. Vielmehr soll wieder größerer Wert darauf gelegt werden, daß als Beisitzer Personen von Arbeitgeberseite und von Arbeitnehmerseite mitwirken, die an dem unmittelbaren Interessenstreit unbeteiligt sind, aber Verantwortungsgefühl besitzen und große Kenntnisse des Wirtschafts- und Arbeitslebens haben. Insbesondere sei es zu begrüßen, wenn man als Beisitzer Vertreter der beiderseitigen Spitzenorganisationen hinzuziehen würde.

6. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches soll regelmäßig nur auf Antrag einer Partei erfolgen, um zu erreichen, daß mindestens diese eine Partei die Verbindlichkeitsklärung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen von vornherein will.

7. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitsklärung von Amts wegen soll dagegen nur bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses erfolgen. Hier sollen sich die Schlichtungsinstanzen weitgehende Zurückhaltung auferlegen und nur dann eingreifen, wenn wichtige Allgemeininteressen gefährdet sind oder wenn die Streitparteien sich bereit in ihren Kampf festgebissen haben, daß nicht damit zu rechnen ist, daß sie denselben vor der endgültigen Niederlage des einen oder anderen Teiles oder sogar beider Parteien beenden werden.

Entscheidung des Tarifausschusses für den Ruhrbergbau vom 25. Oktober 1928.

Bezahlung der Zimmerbauer, die allein und selbständig Hauerarbeiten verrichten.

Seit Oktober 1919 wurden Zimmerbauer, sofern sie als Ortsälteste oder allein selbständige Hauerarbeiten ausführten, nach Ziffer 8 der Lohnordnung für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier bezahlt.

Ueber die Bezahlung der Zimmerbauer, die allein selbständige Hauerarbeiten verrichteten, traten erstmalig Differenzen Ende 1921 und Anfang 1925 auf, die im März 1925 schon einmal den Tarifausschuss beschäftigten. Zu einer Entscheidung kam es jedoch nicht, da die Antragsteller ihren Antrag als gegenstandslos zurückzogen. Im Oktober 1927 kam die Angelegenheit erneut an den Tarifausschuss, indem dieser um eine Entscheidung ersucht wurde. Antragstellerin war das Arbeitsgericht Recklinghausen. In der Sitzung des Tarifausschusses vom 28. Februar 1928 konnten sich die Parteien auf eine Entscheidung nicht einigen und sollte in zweiter Instanz entschieden werden. Inzwischen nahmen die Klagen an den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten ihren Fortgang. An den Landesarbeitsgerichten in Dortmund und Duisburg erlitten die Unternehmer obliegende Urteile. Am 25. Oktober 1928 fand die Sitzung des Tarifausschusses in zweiter Instanz unter Vorsitz des Berg-räte Windmüller vom Oberbergamt Dortmund statt. Zur Entscheidung standen folgende Fragen:

Was ist unter „Ortsältester“ zu verstehen?
Ist ein einzelner Zimmerbauer, der für sich allein selbständige Zimmerbauerarbeiten ausführt, im Sinne der Lohnordnung Nr. 8 als Ortsältester anzusehen oder ist er zu den sonstigen Zimmerbauern Nr. 9 der Lohnordnung zu zählen?
Mit der Stimme des Vorsitzenden und den Stimmen der Unternehmer wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmer wie folgt entschieden:

Die selbständig allein arbeitenden Zimmerbauer sind keine Ortsälteste. Ihre Bezahlung erfolgt als sonstige Zimmerbauer nach Ziffer 9 der Lohnordnung.

Unser Toten

Zahlstelle Gelsenkirchen IV. Nach vier Monate langem Leiden, zu dem noch eine Lungenentzündung hinzukam, verstarb unser lieber Kamerad Friedrich Fost im Alter von 49 Jahren. Drei Tage vor seinem Tode konnten wir ihm noch die Urkunde für langjährige und treue Mitgliedschaft überreichen. Leider konnte er nicht mehr an dem Jubelfeste teilnehmen. Seit 1919 Knapp-schaftsältester, hat er stets seine Pflicht getan. Durch sein offenes, sachliches Wesen hat er sich ein dauerndes Andenken gesichert. Wir verlieren in ihm einen guten und treuen Kameraden. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Zahlstelle Mark. Der Kamerad Karl Zerbe aus Braam erlitt am 12. Dezember 1927 auf der Zeche Sachsen durch Steinfall schwere Verletzungen, an deren Folgen er jetzt im Krankenhaus gestorben ist. Er hinterläßt Frau und zwei kleine Kinder. Die Zahlstelle wird sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Hindenburg I. Am 4. Oktober erlitt unser Mitglied Adolf Schönknecht auf der Concordiagrube einen tödlichen Unfall. Kamerad Schönknecht war ein eifriges Mitglied unseres Verbandes. Durch sein kameradschaftliches und aufrichtiges Benehmen war er stets ein Vorbild seiner Arbeitskollegen. Sein pflächliches Hinscheiden bedeutet für unsere Zahlstelle einen großen Verlust. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Verbandsnachrichten.

Unser Statut schreibt in § 47 vor, daß die Ortsverwaltungen wählen in den Monaten November und Dezember vorgenommen werden müssen. Wir bitten alle Ortsverwaltungen, die Neuwahlen während dieser Zeit in den Mitglieder-versammlungen vornehmen zu lassen und die Mitglieder vom Stillsitzen der Wahl zu benachrichtigen. Der Vorstand.

Bezirt Saarbrücken. Für die Zahlstellen der Geschäftsstelle 311 liegen außerhalb des Saargebietes finden jeden ersten und dritten Montag im Monat von 10 bis 1 Uhr Sprechstunden in Wabern im Lokal „Zum Nachhublerhof“ statt. Die Sprechstunden beginnen erstmalig ab Montag, dem 5. November.

Bücherrevision. Diar. Vom 26. Oktober bis 3. November. Bücher bereit halten!

Kranzpende. Diar. Die Zahlstelle verlor innerhalb eines Monats zwei Kameraden durch Unfall. Die Mitglieder der Zahlstelle sind verpflichtet, zwei Kranzpendenmarken zu fassen.

Knappschäftsältesten-Kommission Herne. Am Sonntag, dem 4. November, findet im „Volkshaus“ in Recklinghausen, Berner Straße 39, eine Vorkommmissionssitzung für den Bezirk Herne statt.

Neue Richtlinien für die Schlichtungspraxis.

Die seit Monaten angekindigte Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden hat am 16. Oktober stattgefunden. Anlaß zu dieser Besprechung haben die vielen Kritiken gegeben, die seit Jahren gegen das Schlichtungsweesen und insbesondere gegen die Verbindlichkeitsklärung gerichtet worden sind. Der Reichsarbeitsminister wollte aus dem Munde der Vertreter der beiderseitigen Vereinigungen hören, wie sie sich grundsätzlich zum Schlichtungsweesen und der Verbindlichkeitsklärung stellen.

In der Aussprache hatten sämtliche Spitzenorganisationen Vertreter entsandt, insbesondere waren die Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber überaus zahlreich erschienen. Der Sprecher der Arbeitgeberverbände betonte, die deutschen Arbeitgeberverbände wären durchaus bereit, mit den Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen, sie wären auch bereit zu ernsthaften verantwortungsvollen Verhandlungen über den Abschluß bzw. den Neuaufschluß von Tarifverträgen. Jedoch legte die Arbeitgeberverbände außerordentlichen Wert darauf, daß die Tarifverträge nur in freien Verhandlungen abgeschlossen werden. Die Verbindlichkeitsklärung, also der staatliche Zwang, sei dem Verantwortungsgefühl beider Parteien, besonders aber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, überaus abträglich.

Von den Vertretern sämtlicher Spitzenorganisationen der Gewerkschaften wurde übereinstimmend betont, daß auch sie die freien Verhandlungen durchaus dem staatlichen Eingreifen und der Verbindlichkeitsklärung vorziehen. Die tatsächlichen Erfahrungen hätten jedoch ergeben, daß das Verantwortungsgefühl und die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeberverbände durchaus noch nicht so weit gediehen seien, daß man auf die Mitwirkung des Staates beim Abschluß von Tarifverträgen und auf die Verbindlichkeitsklärung verzichten könne. Die staatspolitische Seite des Problems der Verbindlichkeitsklärung wurde von den Gewerkschaften nicht angegriffen. Es wurde vielmehr betont, daß das Schlichtungsweesen und die Verbindlichkeitsklärung den Parteien genügende Freiheit für die Durchsetzung ihrer Forderungen lassen müsse. Der Staat dürfe, soweit nicht dringende Interessen des Allgemeinwohls dies erfordern, in die Maßnahmen und die Arbeitskämpfe zwischen starken Gegnern nicht eingreifen. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung nach wie vor in allen denjenigen Fällen erfolgen, wo sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig ist. Was in diesem Sinne „notwendig“ bedeute, lasse sich keineswegs schematisch abgrenzen, weil diese Notwendigkeit sich eben nur aus den Erfordernissen des Wirtschafts- und Arbeits-

lebens ergebe. Dagegen müsse die Verbindlichkeitsklärung insbesondere dann ausgeprochen werden, wenn etwa Arbeitgeberverbände sich grundsätzlich überkaufte gegen den Abschluß von Tarifverträgen wenden oder dann, wenn sozial schwache Gruppen außerstande sind, durch Arbeitskämpfe den Widerstand der Arbeitgeberverbände zu brechen.

Reichsarbeitsminister Bisjoff konnte am Schluß der Aussprache zusammenfassend feststellen, daß weder die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften noch diejenigen der Arbeitgeber grundsätzlich die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung verlangen. Um den berechtigten Wünschen der Parteien nach weitestgehender Freiheit beim Abschluß von Tarifverträgen entgegenzukommen und um das Verantwortungsgefühl beider Parteien zu stärken, sei es notwendig, die Schlichtungsordnung strenger als bisher durchzuführen. Das solle in der Hauptsache nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

1. Die Behörden sollen die Parteien weitgehend bei der Vereinbarung tariflicher Schlichtungsinstanzen unterstützen. Die Behörden sollen das tarifliche Schlichtungsweesen fördern.
2. Ein Schlichtungsverfahren auf Antrag einer Partei soll erst eingeleitet werden, wenn die antragstellende Partei vorher den ernsthaften Versuch unternommen hat, Verhandlungen über den freiwilligen Abschluß eines Tarifvertrages mit der Gegenpartei durchzuführen, dieser Versuch jedoch infolge Nicht-einigung der Parteien oder infolge des grundsätzlichen Widerstandes der anderen Partei gescheitert ist.
3. Die Einleitung eines beantragten Schlichtungsverfahrens soll mit eingehenden und ernsthaften Einigungs-vorverhandlungen vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses oder dem Schlichter beginnen.
4. Mit der Einladung der Parteien zu diesen Einigungs-vorverhandlungen soll nicht gleichzeitig die Einladung zu den eigentlichen Schlichtungsverhandlungen vor der Kammer verbunden werden. Vielmehr soll erst nach Scheitern der Einigungs-vorverhandlungen der Termin für die Kammerverhandlungen bestimmt werden, der in der Regel ein bis zwei Tage später festgesetzt werden soll, um den Parteien nochmals Gelegenheit zu geben, sich etwa in freien Verhandlungen zu verständigen und um der Schlichtungsausschussvorsitzenden bzw. dem Schlichter die

